



# Migration, Nachhaltigkeit und ein Marshall Plan mit Afrika

Denkschrift für die Bundesregierung



**Club of Rome und  
Senat der Wirtschaft**

**Kurzversion**

Bert Beyers  
Joachim von Braun  
Estelle Herlyn  
Klaus Leisinger  
Graeme Maxton  
Franz Josef Radermacher  
Thomas Straubhaar  
Ernst Ulrich von Weizsäcker

## Koordination

Franz Josef Radermacher und das Projektteam aus Mitarbeitern des FAW/n und der Universität Ulm

## Download

Das Dokument „Migration, Nachhaltigkeit und ein Marshall Plan mit Afrika – Denkschrift für die Bundesregierung“, eine Kurzversion und der zugehörige Materialband sind als PDF-Dateien unter <http://www.faw-neu-ulm.de> sowie <http://www.senat-deutschland.de/>, <http://www.senatsinstitut.de/>, <http://www.clubofrome.de/> und <http://www.clubofrome.org/> verfügbar.

## Bildnachweise Titelseite

- Abend Djemaa El Fna-Platz, Marrakesch, Marokko - © Pavliha  
[http://www.istockphoto.com/de/foto/abend-djemaa-el-fna-platz-marrakesch-marokko-gm499468399-42845306?st= p\\_pavliha%20El%20Fna](http://www.istockphoto.com/de/foto/abend-djemaa-el-fna-platz-marrakesch-marokko-gm499468399-42845306?st= p_pavliha%20El%20Fna)
- Photovoltaic Micro-plants by Isofoton (Morocco) by Isofoton.es (Creative Commons)  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Isofoton\\_Marruecos.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Isofoton_Marruecos.JPG)
- Panorama of Cairo. Taken from Cairo Citadel by kallerna (Creative Commons)  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:View\\_over\\_Cairo\\_from\\_Citadel.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:View_over_Cairo_from_Citadel.jpg)

## Inhaltsverzeichnis

Editorial .....	2
Zusammenfassung und Einordnung .....	7
I. Leitideen eines Marshall Plans mit Afrika .....	13
II. Handlungsfelder im Rahmen eines Marshall Plans mit Afrika .....	37
Schlussbemerkungen .....	51
Die Autoren und Unterzeichner .....	55

## **Editorial**

Die weltweiten Entwicklungen der letzten Jahre bringen viele Herausforderungen und Unsicherheiten mit sich. Es ist keineswegs klar, dass sich die Welt in Richtung eines balancierten Zustandes der Nachhaltigkeit bewegen wird. Es sind auch große Konflikte, sowohl zwischen Staaten, als auch im Inneren von Staaten, bis hin zu einer Neofeudalisierung der Welt, einem weiteren Aushöhlen der Demokratie, einer Zunahme von Failed States, einem ökologischen Zusammenbruch in Teilen der Erde und damit verbunden immer stärker wachsenden Strömen von Migranten denkbar. Schritte in diese wenig hoffnungsvoll stimmende Richtung sind schon heute zu beobachten.

Auch die Stabilität Europas ist keineswegs gesichert. Angesichts der großen Herausforderungen im Umfeld der angestrebten nachhaltigen Entwicklung, und vor allem der Klimaproblematik, schwindet zunehmend die Zustimmung zum Modell der primär durch Freiheit gekennzeichneten Märkte. Einerseits, weil die Umwelt- und Klimaprobleme zunehmen, andererseits weil sich die soziale Schere an vielen Stellen öffnet. Die Globalisierung erzeugt viele Verlierer und sozialer Ausgleich ist nur schwer durchsetzbar. Große Widerstände sind die Folge. Es entwickeln sich Vorstellungen, die bis hin zu planwirtschaftlichen Modellen, einer gelenkten Wirtschaft und der Vorgabe von Lebensstilen reichen. Von der Globalisierung enttäuschte Bürger wollen zurück zu einer nationalstaatlichen Abgrenzung.

Eine gute Zukunft ist so nicht zu sichern. Vor allem werden wir auf diese Weise nicht die benötigten Innovationen in Technik und internationaler Zusammenarbeit hervorbringen können. Was wir statt Abschottung brauchen, ist Offenheit im Denken und die Aktivierung der Kräfte der Märkte, dies allerdings unter adäquaten Regulierungsbedingungen dieser Märkte, die einerseits die Belange der Umwelt und insbesondere des Klimaschutzes und andererseits das Anliegen der sozialen Balance durchsetzen. Letzteres bedeutet insbesondere, dass alle Menschen von der Globalisierung profitieren müssen – und zwar prozentual diejenigen am meisten, die am wenigsten haben, national und international.

International spricht man heute in diesem Kontext von der Erfordernis einer green and inclusive economy. Im deutschsprachigen Raum sprechen wir schon lange von einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft.

Einen solchen Zustand zu erreichen, ist jedoch alles andere als einfach. Eine entsprechende Realität erfordert mehr als grundsätzlich richtige Einsichten und Worte. Worte müssen in Veränderungen von Rahmenbedingungen und damit verbunden von internationalen Verträgen, z.B. bei der WTO, „übersetzt“ werden. Massive Widerstände der Profiteure des Status quo erschweren die Veränderungen, die hierzu erforderlich sind. Wenn es aber nicht gelingt, ein solches Programm international und vor allem auch in Afrika umzusetzen, sieht die Zukunft nicht gut aus, generell nicht und für die Menschen in Europa ebenso wenig.

Der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft wenden sich deshalb an die deutsche Regierung mit der Empfehlung, in dieser Situation ordnungspolitisch weiter für den Rahmen einer Ökosozialen Marktwirtschaft einzutreten, die soziale Balance im Lande immer im Blick zu haben und mit überzeugenden Ansätzen, aufbauend auf einem offenen Diskurs zum Thema, für Zustimmung zu einem klugen Programm der globalen Kooperation zu werben.

Eine wesentliche Leitidee, die von vielen politisch erfahrenen Personen bereits seit einiger Zeit thematisiert wird, ist dabei eine neue Partnerschaft mit Afrika, ein Marshall Plan mit Afrika, und insbesondere große Anstrengungen zur Entwicklungsförderung in Nordafrika und in Teilen der MENA-Region. Hier gibt es zudem einen Joker, nämlich die Sahara – und ebenso die arabische Wüste – mit ihrem unglaublichen Potenzial für erneuerbare Energien. Dies wird durch die Potenziale für Windenergie und Wasserkraft an vielen Stellen des Kontinents komplementiert, wobei zentrale und dezentrale Lösungen im Energiesektor intelligent gekoppelt werden sollten. Eine kluge Erschließung dieser Energie kann den Erfolg eines Marshall Plans sehr positiv beeinflussen, ist doch Energie eine Grundvoraussetzung für die Entstehung von Wohlstand.

In der vorliegenden Denkschrift argumentieren der Senat der Wirtschaft und der Club of Rome, aufbauend auf einer thematischen Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, klar für diese

neue Perspektive: einen Marshall Plan mit Afrika mit besonderem Fokus auf Teile der MENA-Region.

Die vorliegende Kurzversion umfasst die allgemeinen Hinweise und die Kapitel IV und V der Langversion (Letztere als Kapitel I und II in der Kurzversion).

Der Aufbau der Langversion der Denkschrift ist wie folgt: Am Anfang steht eine Zusammenfassung samt thematischer Einordnung. In Teil I folgt dann zunächst ein Abriss der Geschichte der Migration rund um das Mittelmeer. In Teil II wird der Begriff der Nachhaltigkeit in einer konsequent internationalen Ausrichtung der Begriffsbildung diskutiert. In diesem Kontext wird aufgezeigt, dass erheblich erhöhte Querfinanzierungsmittel aus den reichen in die ärmeren Länder Voraussetzung dafür sind, globale Nachhaltigkeit zu erreichen, und zwar als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung. Wenn man sich diesem sensiblen Thema verweigert, kann eine nachhaltige Entwicklung nicht erreicht werden, nicht in Afrika und nicht in anderen sich entwickelnden Regionen der Welt. Diese Zusammenhänge werden erläutert. Außerdem wird mit Bezug zu Erfahrungen aus anderen Bereichen, z.B. der deutschen Wiedervereinigung, klar gemacht, dass sogar erheblich gesteigerte Größenordnungen öffentlicher Querfinanzierung erforderlich sind, wenn Nachhaltigkeit das Ziel ist.

Diese zusätzlichen Mittel müssen allerdings richtig eingesetzt werden, nämlich so, dass sie einerseits die gesellschaftlichen Verhältnisse stabilisieren und zugleich die Steuereinnahmen der Partnerländer spürbar zu erhöhen erlauben. Durch klugen Einsatz der öffentlichen Mittel ist außerdem die Wirtschaft zu stimulieren und sind erhebliche zusätzliche private Investitionen zu befördern. Die Weltbank spricht in diesem Kontext von der Notwendigkeit, sich auf Dollarbasis von „*Billions to Trillions*“ eingesetzter Mittel pro Jahr zu bewegen,<sup>1</sup> also von Milliarden zu Billionen. Diese Position vertreten auch die Autoren dieser Denkschrift. In dieselbe Richtung weist der aktuelle Bericht einer hochrangigen Kommission, die vom früheren Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern und dem ehemaligen mexikanischen Präsi-

---

<sup>1</sup> Vgl. Papier der Weltbank-Gruppe „From Billions to Trillions: Transforming Development Finance. Post-2015 Financing for Development: Multilateral Development Finance“, 2015 sowie das Ergebnis der Konferenz „Finance for Development“, Addis Abeba, 13.-16. Juli 2015

dentem Felix Calderon geleitet wird. Für die nächsten 15 Jahre wird die Notwendigkeit gesehen, weltweit 90 Billionen US-Dollar für den Aus- und Neubau von Infrastrukturen auszugeben. Die OECD sieht die Notwendigkeit, in diesem Zeitraum pro Jahr mehr als 4 Billionen in Infrastruktur zu investieren, wenn die Agenda 2030 umgesetzt werden soll.

Teil III des Textes gibt individuelle Überlegungen zu einzelnen Themenfeldern, wie die Bedeutung des Engagements von Unternehmen für Entwicklung, die große Bedeutung der Rücküberweisungen (Remittances) für die Zukunft vieler Staaten, die Rolle der Bildung und das Potenzial von Mikrokrediten (im Sinne von Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus) wieder.

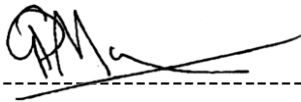
Die Ausgestaltung eines Gesamtansatzes ist Gegenstand von Teil IV der Denkschrift (Teil I der Kurzversion). Es wird beschrieben, wie die Logik eines Marshall Plans mit Afrika mit Fokus auf ausgewählte Teile der MENA-Region aussehen könnte. Dies ordnet sich in große eigene Anstrengungen Afrikas und internationale Bemühungen zum Thema ein, so z.B. die Agenda 2063 der Afrikanischen Union. Diese Agenda wurde 2013 anlässlich des 50. Geburtstages der Afrikanischen Union entwickelt, mit einem Blick 50 Jahre in die Zukunft. Gründe für legitime Erwartungen an eine gute Zukunft des Kontinents inmitten großer Schwierigkeiten sind der neue globale Kontext, die Erfahrungen mit der New Partnership for Africa's Development, aktuelle Aktivitäten im Rahmen der Africa Global Partnership Platform, der große Zusammenhalt und die größere Stärke des Kontinents, starke und funktionierende regionale Institutionen und neue Entwicklungs- und Investmentchancen. Einen anderen Bezug bilden der sogenannte G20-Compact mit Afrika (for resilience and growth) und die jüngste Ankündigung sowohl der Präsidenten der EU-Kommissionen für ein hochdotiertes Afrika-Programm (48 Milliarden Euro) als auch ähnlich lautende Hinweise der Bundesregierung, insbesondere auch von Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, zum Thema.

Der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft legen der Bundesregierung ausdrücklich ans Herz, den Ansatz eines finanziell substantiellen und damit ambitionierten Plans zu verfolgen, ihn mit den europäischen Partnern zu diskutieren und ihn möglichst in den G20 Prozess, der im nächsten Jahr unter deutscher Leitung in Hamburg stattfinden wird, einzubringen. Die vorliegende Denkschrift geht dabei

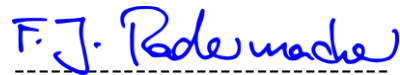
insbesondere auch auf finanzielle Größenordnungen und Fragen des Mittelabflusses ein – Letzteres auch mit Blick auf den Umgang mit Korruption und immer auch mit Blick auf Bevölkerungsfragen – das wichtigste Einzelthema für die Zukunft des Kontinents.

Teil V (Teil II der Kurzversion) fasst schließlich überblicksartig ein breites Spektrum denkbarer Aktivitäten zum Thema zusammen, das in weiten Teilen Ergebnis eines Workshops der Verantwortlichen für diese Denkschrift mit BMZ und giz in Berlin im Frühjahr 2016 ist.

Einige Schlussbemerkungen runden den Text ab, ebenso wie ein ergänzender Materialband, in dem auf vertiefende Beiträge verschiedener Autoren zu einzelnen relevanten Themenbereichen verwiesen wird, die an der vorliegenden Denkschrift bzw. am erwähnten Workshop im BMZ mitgewirkt haben. Wir hoffen, dass diese Denkschrift die Bundesregierung dabei unterstützen wird, in diesen schwierigen Zeiten die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.



Graeme Maxton  
(Club of Rome)



Franz Josef Radermacher  
(Senat der Wirtschaft e.V.)



Ernst Ulrich von Weizsäcker  
(Club of Rome)



Dieter Härthe  
(Senat der Wirtschaft e.V.)



Frithjof Finkbeiner  
(Deutsche Gesellschaft Club of Rome)



Christoph Brüssel  
(Senat der Wirtschaft e.V.)



Andreas Huber  
(Deutsche Gesellschaft Club of Rome)



Walter Döring  
(Senat der Wirtschaft Europa)



## Zusammenfassung und Einordnung

### Einordnung

1. Es ist den Autoren dieser Denkschrift für die Bundesregierung bewusst, dass die heutigen Probleme in Afrika von ganz anderer Art sind, als die Wiederaufbauprobleme in Deutschland und anderen europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Marshall Plan-Begriff damals und der Marshall Plan-Begriff heute betreffen insofern sehr unterschiedliche Ausgangssituationen und Herausforderungen. Es gibt trotzdem auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Die wichtigsten liegen darin, dass das Vorhaben in gemeinsamem Interesse mit dem Partner angegangen wird, dass es erhebliche Mitteltransfers beinhaltet und dass es an bestimmte Konditionalisierungen bezüglich Governance und der Gestaltung der Ökonomie gebunden ist.
2. Die Marshall Plan-Thematik ist, ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg, ein gemeinsames Unterfangen. Darum sprechen die Autoren auch von einem Marshall Plan **mit** Afrika. Wir sehen es als von höchster Bedeutung an, dass die deutsche bzw. europäische Seite diesen Plan in einen größeren Kontext einbettet. Dies sind im Besonderen natürlich afrikanische Partner und Initiativen, etwa die Afrikanische Union, die Aktivitäten für einen Afrika-Compact, die afrikanischen Planungen im Rahmen der Agenda 2063 und, in Bezug auf die MENA-Region, die Aktivitäten in den Bereichen Europa/MENA und OECD/MENA.
3. Der prinzipielle Ansatz des vorgeschlagenen Marshall Plans besteht in einem Vereinbarungsmosaik bzw. einem kohärenten „Räderwerk“, in dem das Prinzip „Standards gegen Finanzierung“ gilt. Auf EU-Ebene soll versucht werden, die Entwicklungsaktivitäten der 28 EU-Staaten besser auf einander abzustimmen – auch um den bürokratischen Aufwand für die Empfängerländer zu reduzieren. Für Afrika werden über die nächsten Jahre bis zu 200 Mrd. Dollar zusätzliche Hilfen pro Jahr vorgeschlagen, die als Hebel ein Vielfaches an privaten Investitionen bewirken sollen. Im Gegenzug soll die Nehmerseite die Menschenrechts-

situation im Lande verbessern, aber sich auch für eine stärkere Nachhaltigkeitsorientierung in der WTO aussprechen. Letzteres bedeutet in Bezug auf die WTO, dass in der Funktion gleiche Güter unterschieden und unterschiedlich behandelt werden dürfen, wenn in den Wertschöpfungsketten bestimmte Minimalstandards beachtet wurden, im Unterschied dazu, dass diese nicht beachtet wurden.

4. Die Autoren schlagen vor, dass im Rahmen des Marshall Plans mit Afrika ein großer Teil der Mittel über einen „Fonds Zukunft Afrika“ organisiert wird. Dies ist im Text beschrieben. Die eingesetzten Mittel werden dabei teilweise revolving genutzt, d.h. dass dieser Teil der Mittel nach seinem Einsatz wieder in die Fonds zurückfließt und dann erneut an anderer Stelle investiert werden kann. Ferner kann ein großer Teil der Mittel über den Kapitalmarkt aktiviert werden. Eine revolving Struktur und eine teilweise Aktivierung über den Kapitalmarkt würden es erleichtern, die benötigten Mittel aufzubringen und die entsprechenden Prozesse für Afrika und seine Menschen zu verstetigen und langfristig abzusichern.
5. Der Marshall Plan mit Afrika muss mit einem Ausbau unseres humanitären Programms für Flüchtlinge und einer gesteuerten Einwanderung zum Vorteil aller Beteiligten gekoppelt werden.

### **Ausgewählte Schwerpunkte**

1. Bevölkerungswachstum  
Die Bevölkerungsfrage ins Zentrum rücken durch z.B. Finanzierungsprogramme für Bevölkerungsmaßnahmen und insbesondere durch Bildung für Frauen (inklusive Überwindung kultureller Widerstände gegen die Thematisierung dieser Frage).
2. Sozialsysteme  
Zusammenarbeit beim Aufbau von Sozialsystemen und/oder -versicherungen in den beteiligten Ländern.

3. **Infrastruktur**  
Förderung der Infrastrukturen für netzbasierte erneuerbare Energie in Afrika und in Teilen des Mittleren Ostens, im Besonderen Wasser, Wind und Sonne (bzgl. Sonne vor allem in Wüsten).
4. **Energie-Ferntransport**  
Ferntransport von regelbarem und gleichzeitig erneuerbarem Strom aus Nordafrika, sowohl in die Mitte und den Süden Afrikas als auch nach Europa.
5. **Lokale Formen erneuerbarer Energie**  
Massive Förderung lokaler erneuerbarer Energien, z.B. Solarpanels auf Häusern, privatwirtschaftlich organisiert à la Bangladesch, überall da, wo kein Stromnetz existiert.
6. **Wassergewinnung durch Meerwasserentsalzung**  
Aufbau einer Pipeline-Infrastruktur für Wasser auf Basis klimaneutraler Energie, auch unter Nutzung klimaneutraler Meerwasserentsalzung.
7. **Aufforstung**  
Aufforstung ist ein Schlüssel für die Förderung von 12 der 17 SDGs, es ist ein Ansatz gegen die Ausbreitung der Wüsten, schafft eine zuverlässige erneuerbare Rohstoffbasis und entzieht der Atmosphäre CO<sub>2</sub>. Aufforstung auf degradierten Böden im Umfeld von Regenwäldern eröffnet Wertschöpfungspotenziale für einen erneuerbaren Rohstoff und schützt die primären Regenwälder vor Austrocknung.<sup>2</sup> Hier können viele Arbeitsplätze und entsprechendes Einkommen so generiert werden, dass sich die Klimasituation verbessert, nicht weiter verschlechtert.
8. **Verkehrsinfrastrukturen**  
Verkehrsinfrastrukturen sind erforderlich, wenn der Wohlstand in Afrika und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten des Kontinents stark verbessert werden sollen. Es ist dies ein zentrales Feld für das Handeln

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu: Claude Martins, Endspiel – Wie wir das Schicksal der Tropischen Regenwälder noch wenden können, Oekom Verlag, 2015 (Bericht an den Club of Rome )

von Regierungen und für internationale Zusammenarbeit im Rahmen eines Marshall Plans mit Afrika.

9. Beschäftigung

Förderung von Beschäftigung, insbesondere von Jugendlichen, durch aktive Arbeitsmarktpolitik, berufliche Bildung und Beschäftigungsprogramme im ländlichen Raum, sowie Investitionen in Agrarentwicklung.

10. Nachhaltiger Tourismus

Tourismus beinhaltet große Wertschöpfungspotenziale, fördert Austausch und Zusammenarbeit sowie Verständnis für andere Kulturen. Ein guter Tourismus führt zu einer mit Nachhaltigkeit kompatiblen Inwertsetzung der Natur.

11. Mikrokredite

In der internationalen Entwicklungspolitik haben sich Mikrokredite als wesentliche Hebel erwiesen, um große Verbesserungen der Lebenssituation von Menschen zu erreichen. Dies gilt für kluge Ansätze, die auf den Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus zurückgehen, nicht für „plündernde“ Varianten von Mikrokrediten.<sup>3</sup>

12. Akzeptanzerhöhung in Deutschland und Europa

Die Akzeptanz für die Vorschläge in Deutschland und Europa zu erhöhen, erfordert eine gut durchdachte Kommunikation und ist für den Erfolg des Marshall Plans Voraussetzung.

Die Schwerpunktthemen 1 – 12 können dabei allesamt als geeignet dafür angesehen werden, im Rahmen des Marshall Plans bei einer Erhöhung der finanziellen Mittel berücksichtigt zu werden. Eine effiziente Mittelverwendung ist realisierbar, dies zudem in Kontexten, die vergleichsweise wenig anfällig für Korruption sind.

---

<sup>3</sup> Vgl. hierzu FAW/n Publikation „Microcredit – Addressing an Ongoing Debate“, Ulm 2014, abrufbar unter [www.faw-neu-ulm.de](http://www.faw-neu-ulm.de)

## Kernbotschaften

1. Muss sich die afrikanische Bevölkerung bis 2050 verdoppeln, **bis 2100 vervierfachen**, ehe wir handeln? Nein. Hier sollten wir sofort aktiv werden, z.B. in Form einer Zusammenarbeit beim Aufbau von Sozialsystemen in den beteiligten Ländern sowie mit Beiträgen in den Bereichen Bildung und Ausbildung sowie bezüglich der gesellschaftlichen Rolle der Frau. Arbeitsplätze für die Jugend müssen in großem Umfang geschaffen werden. All das wirkt der Bevölkerungsexplosion entgegen.
2. Pro Afrikaner setzen wir Deutsche nur etwa **2 Euro pro Jahr** für Entwicklung ein. Im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung lagen die Transfers pro Kopf in die neuen Bundesländer bei 4.000 Euro pro Jahr. Die Betreuung eines minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings in Deutschland kostet etwa 5.000 Euro pro Monat, d.h. 60.000 Euro im Jahr, das ist das **30.000-fache**. Im Gegenzug zu der bescheidenen Hilfe, die wir leisten, holen wir über internationalen Handel ein Vielfaches aus den betroffenen Ländern in Afrika wieder heraus. Auch tolerieren wir eine internationale Finanzstruktur, in der Eliten das Geld aus Afrika in Steuerparadiesen der reichen Welt „parken“. Daran profitieren wir dann erneut. Ganz offensichtlich kann so keine zukunftsfähige Entwicklung für alle Beteiligten erreicht werden.
3. Mittel für Afrika sollen u.a. in den Bereichen erneuerbare Energie, Infrastrukturaufbau und Aufforstung investiert werden. Hier gibt es große Chancen für Afrika und die Welt. Vor allem die Sahara ist ein echter „Joker“. Es gilt, die Potentiale in Afrika und in Teilen des Mittleren Ostens für netzbasierte erneuerbare Energie zu nutzen (Sonne, Wind und Wasser; Sonne vor allem in den Wüsten). Sie sind wesentliche Voraussetzung für die Förderung von Wohlstand vor Ort. Ein Einsatz dieser Ressourcen in der Landwirtschaft, in Verbindung mit massiven Aufforstprogrammen, wird empfohlen und besitzt große Potenziale für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Aufforstung ist ein Schlüssel für die Förderung von 12 der 17 Nachhaltigkeitsziele der Weltgemeinschaft im Rahmen der **Agenda 2030** in Afrika und entzieht der Atmosphäre in großem Umfang CO<sub>2</sub> (Negativemissionen).

4. Wir schlagen einen „Fonds Zukunft Afrika“ vor, der anlässlich des **EU-Afrika-Gipfels** in 2017 präsentiert werden könnte. Dieser Fonds soll auf deutscher Seite bis 2030 Gesamteinzahlungen von 120 Milliarden Euro umfassen. Die Mittel können zu großen Teilen über den **Finanzmarkt** platziert werden und eröffnen dann interessante Anlegemöglichkeiten für interessierte Akteure.
5. Der Marshall Plan mit Afrika muss mit einem Ausbau unseres **humanitären Programms** für Flüchtlinge in Not und einer **gesteuerten Einwanderung** zum Vorteil aller Seiten verknüpft werden.
6. Investitionen für bessere Lebensperspektiven der in Afrika lebenden Menschen sind nicht nur massiv kosteneffektiver als der Einsatz sozialstaatlicher Mittel in Deutschland für Flüchtlinge aus Afrika – alles, was den Menschen einen Anreiz bietet, ihre Zukunft im eigenen Land zu gestalten, respektiert auch in viel höherem Maße die Menschenwürde der Betroffenen.

## **I. Leitideen eines Marshall Plans mit Afrika**

### **(1) Es muss etwas passieren**

Der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft empfehlen der Bundesregierung, auf die Sorgen vieler Menschen in Deutschland und Europa über die aktuelle politische Lage, die gekennzeichnet ist durch eine innere Krise Europas und eine immer präsenter werdende Flüchtlingsproblematik, mit einer entschiedenen Initiative zu antworten, die das Potenzial hat, die Situation wesentlich zu verändern: ein Marshall Plan mit Afrika, mit Fokus auf Nordafrika und Teile des Mittleren Ostens.<sup>4</sup> Damit sollen gleichzeitig die folgenden dringenden Herausforderungen adressiert werden:

- ✓ Zusammenhalt Europas und Sicherung seiner Zukunft
- ✓ Erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030, insbesondere in Afrika – dort, wo die Probleme am größten sind
- ✓ Lösen der Bevölkerungsfrage in Afrika und Aufzeigen eines Weges in den Wohlstand für den Kontinent
- ✓ Lösen der Flüchtlingsfrage weltweit und insbesondere in Europa
- ✓ Beweisen, dass eine green and inclusive economy „liefern“ kann in dem Sinne, dass sie eine Umsetzung der Agenda 2030 ermöglicht
- ✓ Verhinderung von Zwangsbewirtschaftung und Ressourcen-Planwirtschaft
- ✓ Gleichzeitige Verwirklichung von Nachhaltigkeit, Klimaschutz, sozialem Ausgleich und höherem materiellen Wohlstand für alle
- ✓ Schaffung von mehr sozialer Balance statt Radikalisierung, Nationalismus, Rückbau von Demokratie und Internationalisierung
- ✓ Bereitstellung wertschaffender Anlagemöglichkeiten für Kapital
- ✓ Beförderung realökonomischer Innovationen und Investitionen
- ✓ Initiierung von grünem und inklusivem Wachstum

---

<sup>4</sup> Hinweis: Ein Marshall Plan verbindet Eigenverantwortung der Geförderten mit klaren Kriterien zur Effizienzkontrolle der eingesetzten Mittel. So war es auch beim Marshall Plan nach dem 2. Weltkrieg.

## **Ein Programm der Orientierung und Hoffnung**

**Club of Rome und Senat der Wirtschaft empfehlen der Bundesregierung ein Programm, das die aufgezählten Herausforderungen gleichzeitig und wirkungsvoll adressiert, einen Marshall Plan mit Afrika mit speziellem Fokus auf Nordafrika und Teile der MENA-Region.**

In diese Richtung äußerte sich zuletzt auch Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller im Kontext seiner Afrika-Reise im August 2016.<sup>5</sup>

### **(2) Deutschland und Europa als Vorreiter**

- ✓ Europa ist unmittelbar gefordert. Wir haben das höchste Niveau supranationaler Integration erreicht, sind aber in Gefahr, dieses wieder zu verlieren.
- ✓ Natürlich kann eine solch große Aufgabe nur in Partnerschaften bewältigt werden, mit Partnern in Afrika, wie der Afrikanischen Union und Partnern auf der G20-Ebene. Auch die Einbindung der Vereinten Nationen wie der OECD ist wichtig.
- ✓ Wir treten in Europa für multilaterale Verträge und regelbasierte internationale Strukturen ein. Dieser Ansatz ist in Gefahr.
- ✓ Europa leistet weltweit den größten Beitrag zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit, aber leider reicht all das bisher nicht aus. Im Besonderen in Afrika geht die Entwicklung viel zu langsam voran. Die Bevölkerungsexplosion ist so gewaltig, dass sie eine langfristige Prosperität bedroht. Europa ist gefordert.

---

<sup>5</sup> Entwicklungsminister Müller fordert Marshallplan für Afrika: Vor seiner Afrikareise hat Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) zur Bekämpfung von Fluchtursachen einen Marshallplan für den Kontinent gefordert. "Wir brauchen einen Marshallplan für Afrika: Großinvestition über Jahrzehnte hinweg in kluge Zukunftslösungen, in grüne Energien, in berufliche Ausbildung in Zukunftsbranchen, mit Investitionen in die Weiterverarbeitung von Rohstoffen", sagte Müller der "Bild am Sonntag". "Dazu brauchen wir die Wirtschaft."



- ✓ Die Flüchtlingsfrage macht uns in Europa zu schaffen. Sie überfordert im Augenblick die europäische Politik, wir brauchen dafür neue tragfähige Lösungen, sowohl für die Betroffenen, aber auch für die Politik in Europa.
- ✓ Neben einem vorbildlichen Umgang mit Menschen, die Asyl suchen bzw. auf der Flucht vor Krieg und Lebensgefährdung sind, sollte Europa endlich eine kluge Einwanderungspolitik betreiben, die Menschen zum beidseitigen Vorteil nach Europa einlädt, die entsprechenden Voraussetzungen und Qualifikationen aufweisen können. Hier geht es um Vorteile für beide Seiten – unter Bedingungen der Vertragsfreiheit.
- ✓ Alle reichen Länder sind gefordert dazu beizutragen, die Umsetzung der SDGs überall auf der Welt zu ermöglichen. Die SDGs sind kein Umfeld, in dem man sich in Form einer Nabelschau mit den Wohlstandsproblemen reicher Länder beschäftigen sollte. Es geht in allererster Linie darum, die globalen Herausforderungen zu bewältigen. In diesem Kontext müssen sich die reichen Länder sehr viel stärker engagieren als bisher.
- ✓ Entwicklungszusammenarbeit braucht regionale Schwerpunkte. Europa ist insbesondere in Afrika und im Mittleren Osten gefordert. Afrika ist unser Schicksalskontinent.
- ✓ Wegen der geographischen Nähe haben Nordafrika und Teile des Mittleren Ostens für Europa eine besondere Bedeutung. Wir haben dort eine historische Verankerung und Verantwortung, es gibt vielfache kulturelle Bezüge und enge Verknüpfungen nicht erst seit der Kolonialzeit. Wir sind in der Flüchtlingsfrage stark betroffen. Es gibt eine Zusammengehörigkeit, die weiter zurückgeht als die Zeiten des Römischen Reichs.
- ✓ Europa muss in Nordafrika und Teilen des Mittleren Ostens, vor allem in den Anrainerstaaten der EU, massiv investieren. Es sollte eine Win-Win-Situation sein. Die Investitionen sollten die betroffenen Länder wesentlich voranbringen, den Süden Europas in seiner Brückenrolle wesentlich einbinden und Europa, aber auch Afrika insgesamt voranbringen.

- ✓ Für die europäische Politik ist es wichtig, dass auf Dauer möglichst alle Nachbarstaaten sichere Herkunftsstaaten für Menschen sind, die Asyl suchen. Hilfe für diese Staaten und Regelungen für die Aufnahme eines Teils der Asylsuchenden sind erforderlich und auszuhandeln.

### **(3) Klimawandel und Migration in der MENA-Region<sup>6</sup>**

Die MENA Region wird von den negativen Folgen des Klimawandels besonders stark betroffen sein. Es kann damit gerechnet werden, dass der Klimawandel neben der politischen und wirtschaftlichen Instabilität zusätzlicher Treiber für Migration in der Region sein wird.

#### **Hintergrund**

Es ist damit zu rechnen, dass der Klimawandel in der MENA-Region zunehmend die Lebensgrundlagen belasten, zum Rückgang der verfügbaren Ökosystemdienstleistungen führen und damit letztlich auch die Migration beschleunigen wird. Dabei ist es jedoch schwierig, genau zu ermitteln, welchen Einfluss der Klimawandel auf die facettenreiche Begründung für Wanderungsbewegungen und Mobilität der Menschen haben wird. Der Trend kann jedoch dramatische Ausmaße annehmen: In weltweiten Schätzungen wird meistens von bis zu 250 Mio. Menschen ausgegangen, die potenziell aufgrund von Klimaveränderungen bis 2050 migrieren werden. In diesem Rahmen wird von Klima-induzierter Migration gesprochen. Die Weltbank spricht von einer drohenden Krise. In Ländern, in denen hauptsächlich eine von den natürlichen Niederschlägen abhängige Landwirtschaft die Lebensgrundlage bildet (wie bspw. in Marokko, Tunesien, Syrien, Sudan), haben Dürren und Hitzewellen bereits zusätzliche Problemlagen erzeugt und zu erhöhter Mobilitätsbereitschaft, einer beschleunigten Urbanisierung und einer schnellen Zunahme von Armut, Unsicherheit und dem Risiko sozialer Unruhen geführt.

Der Klimawandel ist ein bedeutender Stressfaktor, der ungeplante und prominente Migrationsbewegungen innerhalb und außerhalb der MENA-Region und darüber hinaus in ganz Afrika auslösen kann, sofern nicht sinnvolle Anpassungsmaßnah-

---

<sup>6</sup> Input von Hajo Junge (giz) in einen BMZ/giz Workshop zum Thema am 31.05.2016 in Berlin

men, darunter eine besser geplante Migration, Eingang in die derzeitigen nationalen und regionalen politischen Strategien finden. Bisher existieren weder spezifische Strategien, um Lebensgrundlagen für Migranten zu schaffen (bspw. Integration), noch um Menschen zu unterstützen, die in ihrer Heimat bleiben und die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen wollen (Anpassung). Institutionen, die geeignet wären, derartige Strategien und Programme auf regionaler und nationaler Ebene zu entwickeln und umzusetzen, sind in vielen Fällen für eine solche Mammutaufgabe noch nicht ausreichend gewappnet. Auch ist die öffentliche Diskussion zu all diesen Fragen bei uns vor Ort noch nicht auf dem Kenntnissniveau, das erforderlich ist. Die Informationslage in dieser Hinsicht zu verbessern ist ein eigenständiger thematischer Schwerpunkt des vorgeschlagenen Marshall Plans mit Afrika.

### **Mögliche Strategien und Handlungsfelder**

Um besser auf die Dynamik Klima-induzierter Migration vorbereitet zu sein, sollten Institutionen sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene in der MENA-Region gestärkt werden. Die Erarbeitung innovativer Anpassungs- und Integrationsmaßnahmen sowie zukunftsorientierter Strategien auf der Grundlage von Klimaprognosen und Vulnerabilitätsbewertungen könnte eine sinnvolle Ausgangslage bilden. Eine klare Verknüpfung mit den SDGs und dem Klimaschutzabkommen von Paris sollte vorgenommen werden.

Eine solche **Strategie** sollte auf zwei Ebenen ansetzen:

1. Wirkungsvolle regionale Politikentwicklung und -umsetzung durch verbesserte regionale Governance – Zusammenspiel zwischen Regionalorganisationen (bspw. Arabische Liga und andere) und besonders betroffenen Mitgliedsländern
2. Gemeinsame Konzeption und Durchführung von Pilotprojekten für Maßnahmen zum Umgang mit Klima-induzierten Migrationsbewegungen und Testen von Konzepten (Anpassungsstrategien am derzeitigen Wohnort der Betroffenen, geplante Umsiedlungen innerhalb des Heimatlandes oder in ein Nachbarland der Region, soziale und wirtschaftliche Integration in die aufnehmenden Gemeinden).

Auf dieser Basis könnten folgende **Handlungsfelder** im Vordergrund stehen:

- ✓ Bessere Analyse zwecks besseren Verstehens der Herausforderungen und Chancen, mit zunehmendem Klimastress in der Region umzugehen. Dabei ist auch der Aspekt der Migrationswirkungen zu berücksichtigen.
- ✓ Entwicklung von politischen Optionen und Strategien, um besser mit Migration auf nationaler und regionaler Ebene umzugehen.
- ✓ Aufbau und Konsolidierung der Kapazitäten von regionalen und nationalen Institutionen (bspw. Arabische Liga, Afrikanische Union und andere) zur Förderung einer wirkungsvollen Zusammenarbeit und Koordination sowie zur Umsetzung von Maßnahmen zum besseren Management klimainduzierter Migration.
- ✓ Politische Dialog- und Lernprozesse innerhalb und zwischen den Regionen.

#### **(4) Regionale Positionierung**

Die folgende Karte zeigt Nordafrika und die MENA-Region. Die in unserem Vorschlag besonders im Fokus stehenden Länder sind farblich hervorgehoben.



Abbildung 4: Nordafrika und Teile des Mittleren Ostens:  
Zielländer eines Marshall Plans mit der MENA-Region

Besonders wichtig sind die Anrainerstaaten der EU. Hier gibt es die stärksten kulturellen Bezüge, eine lange gemeinsame Historie und gute Voraussetzungen für mehr Wohlstand. Die Investitionen müssen den nachfolgend beschriebenen Rest-

riktionen genügen. Diese zielen u.a. auf eine bessere lokale und regionale Governance. Reformpartnerschaften zwischen diesen Ländern und europäischen Partnern sowie G20- und OECD Partnern sind wichtig. In solchen Partnerschaften können Finanzierungsfragen in Verbindung mit Konditionierungen sinnvoll adressiert werden. Aufgrund der schwierigen Partnersituation vor Ort sind in jedem Fall Augenmaß und Flexibilität erforderlich. Auch wird man in manchen Ländern temporär nicht in Breite aktiv werden können. Generell gilt: Der Weg ist das Ziel! Erfolgte Zielerreichung kann nicht als Bedingung für Zusammenarbeit vorweg gefordert werden.

**Orientierungslinie:**  
**Querfinanzierung gegen entwicklungsstandabhängige Standards**

Geldflüsse sind dabei, wie in Teil II der Denkschrift dargestellt, an die Umsetzung von entwicklungsstandabhängigen Standards gekoppelt. Ganz wichtig sind Investitionen in die Begrenzung des Bevölkerungswachstums, insbesondere durch den Aufbau bzw. die Förderung von Sozialsystemen vor Ort, die Verbesserung der Bildung, insbesondere im beruflichen und dualen Bereich und unter erhöhter Konzentration auf Frauen und junge Mädchen, auch wenn das teilweise aus kulturellen Gründen vor Ort nicht das primäre Anliegen ist. Kommen muss der Ausbau der Infrastrukturen, aber auch mehr Transparenz in Steuerfragen, Fragen des Eigentums und der Geldwirtschaft. Die bekannte große Korruptionsproblematik in vielen der Staaten muss adressiert werden. Verbesserungen sind erforderlich.

Querfinanzierung fließt in den Aufbau von Sozialsystemen, von Bevölkerungskampagnen, Aufbau der Infrastruktur, Aufbau von Bildungseinrichtungen, Förderung des Unternehmertums und der mittelständischen Wirtschaft und vor allem auch in die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen. Hier sei an eine Forderung von Bundespräsident a.D. Horst Köhler erinnert, dass Europa und Afrika eine Lernpartnerschaft eingehen müssen und dass über die nächsten 30 Jahre jährlich 20 Millionen neue Arbeitsplätze in Afrika für junge Menschen geschaffen werden müssen, wenn Frieden, Stabilität und Prosperität das die Ziele sind.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Rede von Bundespräsident a.D. Horst Köhler beim Afrika-Kongress der CDU/CSU-Fraktion: Für eine neue Kultur der Zusammenarbeit mit Afrika, Deutscher Bundestag, 16. März 2016

## **(5) Finanzierung**

Der vorgeschlagene Plan braucht Engagement vieler Art, aber insbesondere auch **massive Finanzierung**. Es fehlt an vielem, insbesondere an Geld. Und die Hilfe ist viel zu niedrig. So bringt Deutschland pro Afrikaner und Jahr nur etwa 2 Euro auf. Die gelegentlich zu hörende Behauptung, wir würden mit unseren Mitteln für Entwicklungszusammenarbeit die afrikanischen Länder demotivieren, trifft nicht den Kern der Problematik, wie in Teil II ausführlich beschrieben wurde. Es ist richtig, dass wir die Mittel zum Teil nicht klug einsetzen. Insbesondere ist das Maß an Korruption vielfach unerträglich. Aber wir wissen z.B. aus dem Prozess der Wiedervereinigung, wie teuer es ist, substantielle Entwicklung voranzubringen.

In Teil II wurde beschrieben, dass die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit viel zu niedrig sind, um Wirkung zu erzeugen. Es wurde mit Blick auf den Finanzausgleich der Länder in Deutschland, den Aufbau Ost, den historischen Marshall Plan und andere naheliegende Vergleichsprogramme aufgezeigt, wie groß die Unterfinanzierung aussieht. Wir brauchen über einige Jahre Steigerungen des öffentlichen Mittelaufkommens in Afrika um mindestens einen Faktor 4.

Wir schlagen deshalb vor, dass die Bundesregierung, und möglichst die ganze Staatengemeinschaft ihren Mitteleinsatz in Afrika in Abstimmung mit den Partnern vor Ort über die nächsten Jahre für Afrika deutlich vergrößern. Dies wird nachfolgend unter (6) detailliert dargestellt.

**Deutschland und die EU sollten ihren Mitteleinsatz für die Zielregion über die nächsten Jahre massiv erweitern, dabei auch über eine große Fonds-Lösung nachdenken. Ein substantieller Teil der Mittel könnte über den Kapitalmarkt aktiviert werden und eine interessante neue Anlageform darstellen.**

Viele Politiker haben in jüngerer Zeit in Richtung eines deutlich erhöhten Mitteleinsatzes für Afrika und die MENA-Region argumentiert, insbesondere auch Finanzminister Schäuble.<sup>8</sup> Es sind europäische Programme in erheblichem Umfang in Vorbereitung. Hier sollte man noch mutiger sein und die in dieser Studie vorgeschlagenen Ansätze vorsehen.

Die Entwicklungshilfe für Afrika lag beispielsweise im Jahr 2014 bei 47,8 Mrd. US \$, von denen die Länder in Nordafrika Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien etwa 7,1 Mrd. US \$ erhielten, während weltweit im gleichen Jahr insgesamt 161 Mrd. US \$ an Entwicklungshilfe geleistet wurde. Dabei erhielten auch Länder im Mittleren Osten Unterstützung, darunter Irak, Iran, Jordanien, Libanon, palästinensische Autonomiegebiete und die Türkei mit insgesamt knapp 15,1 Mrd. US \$.

### **Weltbank-Initiative<sup>9</sup>**

*Im Rahmen einer Veranstaltung zur Middle East and North Africa (MENA) Financing Initiative unter Vorsitz von UN - Generalsekretär Ban Ki-Moon und WBG -Präsident Dr. Jim Yong Kim sagte der Parlamentarische Staatssekretär Silberhorn einen deutschen Beitrag i.H.v. € 20 Mio. zu. Die MENA Financing Initiative zielt auf die Unterstützung der Flüchtlinge aufnehmenden Länder der Region sowie auf die Stabilisierung und den Wiederaufbau nach Ende der derzeitigen Konflikte. Die MENA Financing Initiative war erstmals im Rahmen der WBG-Jahrestagung 2015 in Lima vorgestellt und seitdem in einer Arbeitsgruppe aus den interessierten Partnern inkl. Deutschlands ausgearbeitet worden. Im Kern beinhaltet die MENA Financing Initiative erstens eine Concessional Financing Facility (CFF) zur Unterstützung der*

---

<sup>8</sup> Interessant sind auch Kernaussagen einer Rede von Bundesminister Dr. Schäuble bei der Verleihung des Weltwirtschaftlichen Preises 2016 am 19. Juni 2016 in Kiel: Es gibt hier Bezüge zu der Agenda von BM Dr. Müller. Dies baut auch gut auf ein Interview von Dr. Schäuble zum Thema in der ZEIT auf. Einige der relevanten Punkte:

- ✓ Im Jahrhundert der Globalisierung an einer maßvollen Revolution arbeiten
- ✓ **Förderung von Wachstum, v.a. in Entwicklungs- und Schwellenländern**
- ✓ In Industrienationen stärker auf Nachhaltigkeit setzen
- ✓ Wachsender Ungleichheit entschieden entgegenzutreten
- ✓ Gefahr der wachsenden sozialen In-Kohärenz abwenden
- ✓ Resilienz und Widerstandskraft der Volkswirtschaften durch Strukturreform, Investitionen und nachhaltige Finanzpolitik stärken
- ✓ Schwerpunkte der G-20 Präsidentschaft: *Enhancing Resilience* und *Shaping Digitalisation*
- ✓ Digitalisierung und nachhaltige globale Entwicklung kompatibel machen
- ✓ Reichere Länder müssen sich den benachteiligten Regionen viel mehr zuwenden
- ✓ **Sich stärker Afrika und MENA zuwenden, in diesen Regionen Investitionen fördern**

<sup>9</sup> Aus: World Bank Group, Bericht aus dem Büro der Deutschen Exekutivdirektorin bei der Weltbankgruppe, April 2016, Ausgabe 9

Flüchtlinge aufnehmenden Nachbarländer Syriens, insbesondere Jordaniens und des Libanon. Diese weisen derzeit Flüchtlingsanteile an der Gesamtbevölkerung von über 15% bzw. 25% auf. Über die CFF können Geber Darlehen multilateraler Entwicklungsbanken verbilligen, um das für diese Länder angesichts der enormen Belastungen notwendige günstige Zinsniveau zu erreichen. Die WBG selbst bringt ferner über IDA US\$ 200 Mio. hoch konzessionärer Darlehen für die sonst nicht IDA-berechtigten Länder Jordanien und Libanon ein. Zweitens umfasst die MENA Financing Initiative eine Guarantee Facility (GF). Die GF dient dazu, über Staatsgarantien von Gebern die Finanzierung von Wiederaufbau und Stabilisierung in der gesamten Region zu erleichtern. Insgesamt sollen über die CFF US\$ 1 Mrd. an Zuschussmitteln über fünf Jahre mobilisiert werden, mit denen US\$ 3-4 Mrd. an Darlehen der beteiligten multilateralen Entwicklungsbanken verbilligt und dadurch gehebelt werden können. Im Rahmen der ersten Geberkonferenz erfolgten **Zusagen für die CFF von insgesamt US\$ 141 Mio. an Zuschussmitteln sowie etwas über eine Milliarde US\$ an hoch konzessionären Darlehen**, äquivalent zu weiteren rd. US\$ 110 Mio. an Zuschüssen. Frankreich machte ferner eine erste Zusage zur GF, deren Höhe jedoch von der Beteiligung anderer Geber abhängt.

### **Erstes Globales Infrastrukturforum**

Das erste Globale Infrastrukturforum wurde am Rande der Frühjahrstagung von UN Generalsekretär Ban Ki-Moon und Weltbankpräsident Dr. Jim Yong Kim eröffnet. Neben Vertretern der multilateralen Banken, der Mitgliedsländer und von NRO präsentierten sich erstmals auch die Präsidenten der New Development Bank (NDB) und der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Inhaltlich lag der Fokus auf der Mobilisierung des Privatsektors für große Infrastrukturvorhaben und auf einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsbanken insbesondere bei der Projektvorbereitung. Die Einrichtung des Forums geht auf einen Beschluss der 3. VN Konferenz für Financing for Development (Addis Abeba, August 2015) zurück.

Die DAC-Länder (Development Assistance Committee) der OECD leisteten in 2014 einen Gesamtbeitrag von 137 Mrd. US \$, die EU-Mitglieder davon 75 Mrd. US \$. Die Bundesrepublik Deutschland als drittgrößter Zahler beteiligte sich hierbei mit 16,6 Mrd. US \$. Die Vereinigten Staaten von Amerika brachten hingegen 33,1 Mrd.



US \$ ein, Großbritannien 19,3 Mrd. US \$. Hinweis: Ein wesentlicher Effekt hoher, verlässlicher Finanzierungszusagen wäre auch der Rückgang der gegenwärtigen Kapitalflucht aus Afrika, die auf ca. 40 Mrd. \$ pro Jahr geschätzt wird, denn die Investitionsanreize wären in Afrika erhöht und ein Teil des Marshall Plans mit Afrika ist eine solide Kontrolle im Finanzsektor.

## **(6) Größenordnungen der Finanzierung**

### **Marshall Plan mit Afrika**

Die weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika lagen in 2014 bei etwa 54 Milliarden USD. Die EU-Staaten zusammen kommen auf etwa 10 Milliarden Euro. Deutschland bringt davon etwa 2,3 Milliarden Euro auf. Das sind bei einer afrikanischen Gesamtbevölkerung, die bei 1 bis 1,2 Milliarden Menschen liegen dürfte, etwa 2 € pro Person und Jahr. Nimmt man den Mittleren Osten hinzu, betrachtet also Afrika und die MENA-Region, kommt man auf etwa 3 Milliarden Euro deutsche Hilfe. Bei einer entsprechend größeren Bevölkerung liegt man wieder bei etwa 2 € pro Person und Jahr.

Offensichtlich ist es weltfremd und wenig erfolgversprechend, das vielleicht wichtigste Zukunftsthema Europas (ebenso Deutschlands) mit 2 € Einsatz pro Jahr und Person angehen zu wollen. Wir müssen viel mehr tun, unsere Partner auch. Die Unterstützung Afrikas durch die Geberländer sollte rasch von 54 Milliarden USD in Richtung 200 Milliarden USD und mehr wachsen. Diese Mittel müssen einerseits zur sozialen Stabilisierung (z.B. Aufbau von Sozialsystemen zur Adressierung der Bevölkerungsfrage), andererseits investiv (z.B. Infrastrukturausbau) eingesetzt werden.

Woher sollen die Mittel kommen? Der Vorschlag lautet, dass Europa – schon aus Eigeninteresse - einen großen Schritt tut und Deutschland dabei mit überproportionalem Einsatz als Impulsgeber voran geht. Dazu müssen die ODA-Mittel rasch und deutlich erhöht werden, nicht nur auf 0,7%, sondern mindestens auf 1%. Weiterhin sollte der Anteil für Afrika und die MENA-Region überproportional wachsen, in Deutschland in Richtung 10 Milliarden USD pro Jahr.

Das wird jedoch zur Bewältigung der absehbaren Herausforderungen bei weitem noch nicht ausreichen, deshalb halten wir die Einrichtung eines „**Fonds Zukunft Afrika**“ für erforderlich, der in der Folge beschrieben wird. Er ist ein zentrales Element in dem Vorschlag eines Marshall Plans mit Afrika in dieser Denkschrift.

### **„Fonds Zukunft Afrika“**

Erstausstattung in Höhe von 120 Milliarden Euro durch Deutschland bis 2030

Die Finanzierung sollte teilweise über den Kapitalmarkt erfolgen

Bekanntmachung anlässlich des G20 Gipfels 2017 in Hamburg bzw. des EU-Afrika-Gipfels im selben Jahr

Zentraler deutscher Beitrag zur Erreichung der Agenda 2030

Weiteres Ziel: Ein Ring sicherer Drittländer um die Außengrenzen der EU

Die ODA- und Fondsmittel zusammen wären ein guter Startpunkt und der bestehenden Herausforderung angemessen. So kann das angestrebte jährliche Niveau an eingesetzten Mitteln von 200 Milliarden USD pro Jahr für Afrika erreicht und vielleicht sogar überschritten werden, wenn weitere Partner gewonnen werden können. Der Mitteleinsatz ist dabei in Teilen von einem sozial stabilisierenden Typ, ein anderer Teil hat investiven Charakter.

Der sozial stabilisierende Teil (z.B. zum Aufbau von Sozialsystemen) stimuliert die Wirtschaft direkt, stellt sicher, dass Kinder zur Schule gehen und wirkt vor allem direkt gegen die weitere Bevölkerungsexplosion. Das ist die vielleicht wichtigste Einzelthematik. Da die Förderung an mehr Transparenz, weniger Korruption und an Maßnahmen zur deutlichen Erhöhung der Steuereinnahmen im Land gekoppelt werden soll, werden so auch erhebliche indirekte Effekte in diesem Bereich erzielt. Vor allem der kluge Einsatz vermehrter Steuereinnahmen kann die Investitionsfähigkeit erheblich stimulieren. Wir halten hierbei indirekte Effekte von 400 Milliarden USD pro Jahr für möglich.

Bei investivem Mitteleinsatz ist primär auf Kredite und Sicherheiten zu setzen, um private Investoren zu mobilisieren. Ohne massive Stimulierung privater Investitionen kann die Situation in Afrika nicht zum Besseren gewendet werden. Perspektivisch können, wenn 100 Milliarden USD pro Jahr als „Hebel“ genutzt werden, 400 Milliarden USD im privaten Bereich zusätzlich aktiviert werden.

Insgesamt hat das beschriebene Paket ein Potenzial, 1 Billion USD und mehr zusätzlich zu bewegen. Damit ergeben sich Chancen, den notwendigen nachhaltigkeitskonformen Wohlstandsprozess für Afrika zu befördern, ganz gemäß der Addis Abeba Programmatik „From billions to trillions“.<sup>10</sup>

## **„Fonds Zukunft Afrika“**

### **Positionierung**

Der Fonds könnte von Deutschland initiiert und anlässlich des G20 Gipfels bzw. des geplanten EU-Afrika-Gipfels verkündet werden. Es sollte möglichst ein EU-Fonds werden, der gemeinsam mit afrikanischen Partnern verwaltet wird. Der Fonds zielt auf die Umsetzung der Agenda 2030, einen großen wirtschaftlichen Aufschwung in Afrika und in der MENA-Region und stabile, sichere Nachbarn rund um Europa, im Sinne von sicheren Drittstaaten.

### **Volumen**

Der deutsche Beitrag startet in 2017 mit einem Volumen von 3 Milliarden € (1 Milliarde für 2016, 2 Milliarden für 2017). Im Weiteren steigt der Einzahlungsbeitrag jährlich um eine Milliarde, die Einzahlungshöhe pro Jahr erreicht 2030 mit 15 Milliarden ein Maximum, das dann bis auf weiteres konstant gehalten werden sollte.

**Die Summe der deutschen Einzahlungen in den vorgeschlagenen Fonds beträgt bis 2030 120 Milliarden.<sup>11</sup>**

### **Art der Mittelverausgabung**

Die Mittel werden teils als verlorene Zuschüsse, insbesondere bei der Unterstützung des Aufbaus von Sozialsystemen, verausgabt, teils werden sie investiv als rollierende Beiträge eingesetzt, z.B. als Sicherheiten, Kredite und Mikrokredite,

---

<sup>10</sup> Vgl. Weltbank-Group-Papier „From Billions to Trillions: Transforming Development Finance. Post-2015 Financing for Development: Multilateral Development Finance, 2015 sowie das Ergebnis der Konferenz „Finance for Development“, Addis Abeba, 13.-16. Juli 2015

<sup>11</sup> Zum Vergleich: Dies ist weniger als laut Zeitungsberichten heute für den (ohne Zweifel wichtigen und erforderlichen) Erhalt der deutschen Infrastruktur fehlen (etwa 10 Milliarden pro Jahr). Der Fonds zielt demgegenüber auf eine gedeihliche Zukunft für mehr als 1,2 Milliarden Menschen. Zielerreichung ist von höchster Bedeutung für die Zukunft Europas.

und fließen damit immer wieder in den Fonds zurück. Der Fonds muss teilweise Verpflichtungen über viele Jahre eingehen und mit einer hohen Volatilität zurechtkommen. Deshalb ist ein Fonds-Modell erforderlich, also insbesondere ein Ansatz, dessen Handlungsfähigkeit nicht von jährlichen Haushaltsentscheidungen abhängig ist.

### **Art der Mittelaufbringung**

Der „Fonds Zukunft Afrika“ kann in großen Teilen über die Ausgabe von Wertpapieren finanziert werden, wodurch das Aufbringen der Finanzierung zu größeren Teilen auf den privaten Sektor, also interessierte Anleger, verlagert werden kann. Den Anlegern würden dabei interessante neue Anlageoptionen eröffnet. Der Markt wartet ungeduldig auf gute Angebote. Bei Verfolgung geeigneter Investitionsstrategien unter Einbindung afrikanischer Partner bietet Afrika enorme Potenziale, die für die Finanzmärkte attraktiv sind und zum Vorteil aller Beteiligten ausgestaltet werden können. Die Mittel für die Finanzierung von Sozialsystemen (etwa 50 % des Fondsvolumens), die als verlorene Zuschüsse vergeben werden, könnten vom Staat über garantierte Schuldpapiere beschafft werden zu Konditionen, die etwa denjenigen von Staatsanleihen entsprechen. Für die Abnehmer ist die Staatsgarantie entscheidend. Mit dem Halten der Papiere ist für die Geldgeber eine zusätzliche CSR-Dimension erschließbar.

Die andere Hälfte der Mittel (zunächst 60 Milliarden) würde zur Stimulierung unternehmerischer Tätigkeiten, z. B. Infrastrukturaufbau oder Aufbau von Unternehmen, eingesetzt. In diesem Fall generiert der Fonds über längere Zeiträume sogar Überschüsse. Der Staat könnte diesen Teil so platzieren, dass er selber die wichtige Haupt-Risikotranche von z. B. 20 % übernimmt, für die restlichen Mittel von insgesamt 48 Milliarden Euro zwei Risikoklassen vorsieht, die unterschiedliche Renditen für Privatanleger beinhalten. Die Zinsleistung könnte in der riskanteren Tranche 2 % oberhalb der Zinshöhe von deutschen Staatsschuldverschreibungen liegen, in der sichersten Tranche 1 % oberhalb. Der Staat könnte zugleich die Zinsleistung über den gesamten Zeitraum garantieren. Das könnte für viele Anleger ein interessantes Angebot sein.

<b>Fonds Zukunft Afrika</b>		
(graue Blöcke werden über den Kapitalmarkt aufgenommen)		
Zielsetzung Mitteleinsatz: Soziale Stabilisierung (60 Milliarden €)	Zielsetzung Mitteleinsatz: Investitionen, Infrastruktur, Unternehmen (60 Milliarden €)	
Schuldverschreibungen (Zins wie für dt. Staats- schuldverschreibungen)  + CSR-Dimension	niedriges Risiko (Zins 1 % oberhalb Zins für dt. Staats- schuldverschreibungen / garantiert durch Deutschland)  + CSR-Dimension	40 %
	höheres Risiko (Zins 2 % oberhalb Zins für dt. Staats- schuldverschreibungen / garantiert durch Deutschland)  + CSR-Dimension	40 %
	Risikotranche (höchstes Risiko) über- nimmt Deutschland	20 %

### **Governance**

Der Fonds muss professionell gemanagt werden. Neben der deutschen Seite könnten die Weltbank, die EU und die Afrikanische Entwicklungsbank sowie die Afrikanische Union in den Aufsichtsgremien mitwirken.

### **Voraussetzungen für den Erhalt von Fondsmitteln**

Afrikanische Staaten, die an den Mitteln des Fonds partizipieren wollen, müssen folgendes leisten:

1. Unterstützung der laufenden internationalen Initiativen für Transparenz in der Steuerzahlung von Großkonzernen (Country to Country Reporting)
2. Nachweis von jährlichen Fortschritten in der Erhöhung der eigenen Steuereinnahmen

3. Nachweis eines Mindestniveaus im Transparency-Corruption-Index
4. Angehen der Umsetzung von Minimalanforderungen zur Nachhaltigkeit von Wertschöpfungsketten im eigenen Land (BIS Label)<sup>12</sup>
5. Sofern die Staaten Mitglieder der WTO sind: Eintreten für eine Veränderung des Produktegleichheitsbegriffs der WTO („same product“) dahingehend, dass Produkte unterschiedlich behandelt werden dürfen (also als verschieden eingestuft werden können), wenn entlang von Wertschöpfungsketten die BIS-Anforderungen eingehalten wurden bzw. nicht („BIS-entsprechende Operationalisierung“ von Nachhaltigkeit in internationalen Wertschöpfungsprozessen).

## **Erläuterungen zu dem Vorschlag:**

### **1. Mittelverwendung**

Das Geld sollte so eingesetzt werden, dass es keiner massiven Vermehrung von Personal bei BMZ und giz bedarf und möglichst so, dass es dort ankommt, wo es benötigt wird und wo ein möglichst geringes Korruptionsrisiko besteht. Hierauf wurde bei dem gemachten Vorschlag geachtet.

### **2. Aufbau von Sozialsystemen**

Von besonderer Wichtigkeit ist Hilfe beim Aufbau von Sozialsystemen, so, wie bei den Bismarck'schen Reformen in Deutschland. Kluge Versicherungssysteme für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter sind zentral für Menschenrechte, erlauben es, Kinder in die Schule zu schicken etc. Sie sind entscheidend, wenn Erfolge in der

---

<sup>12</sup> Zum BIS Standard vergleiche FAW/n Studie für BMZ/giz „Globale Wertschöpfungsketten und Nachhaltigkeit – Möglichkeiten und Grenzen im Rahmen des WTO- und des EU-Rechts“. Autoren: F. Ekardt, E. Herlyn, Y. N. Hodu, T. P. Holterhus, K. Hossain, F. J. Radermacher und P.-T. Stoll, 2016. Das Basic International Standards Label (BIS) fordert Nachhaltigkeitsqualitäten entlang der (wesentlichen) internationalen Wertschöpfungsschritte materieller Produkte. Die geforderten Qualitäten betreffen nur existierende internationale, über viele Jahre ausverhandelte Standards, nämlich Kyoto-Vertrag / Pariser Abkommen, Biodiversitätskonvention und (abgeschwächte) ILO-Kernstandards. (Die Abschwächung bei den ILO-Kernstandards betrifft insbesondere Konformität mit der US-Position, wie sie aktuell wohl auch in TTIP vereinbart werden soll.) Dort, wo ein Staat diese Prinzipien nicht durchsetzt, werden in ihren Produktionsketten betroffene Unternehmen individuelle Ersatzhandlungsmöglichkeiten angeboten. Nichterfüllung des Labels führt nicht zum Ausschluss vom Handel, aber zu gewissen Nachteilen unterschiedlicher Eingriffstiefe im deutschen/europäischen Markt. Diesen Instrumenten stehen kompensatorisch erhöhte konditionierte Transfers für Entwicklungszusammenarbeit und bei Staaten sehr niedriger Entwicklungsstufe auch zusätzliche Zollerleichterungen im Handel mit Deutschland (unter Nutzung der entsprechenden Sonderregeln der WTO) gegenüber. Gefördert werden sich entwickelnde Länder, sofern sie eine Unterstützung des BIS-Labels zumindest auf politischer Ebene zusagen. Die WTO wird in die Festlegung von Details und Klassifikationen aktiv eingebunden.

Bevölkerungspolitik erreicht werden sollen. Im deutschen Bundestag gab es dazu bereits einen Entschließungsantrag.

Wenn ein Land wie Deutschland, einem Land mit großer Bevölkerung (z.B. 80 Millionen) in dieser Weise hilft und dabei für 20 Millionen Menschen pro Tag 1 \$ investiert wird, werden 20 Millionen Mal etwa 300 € pro Jahr benötigt, also 6 Milliarden pro Jahr. Kümmern wir uns um mehr Menschen mit mehr Mitteln, ist man schnell bei 20 Milliarden.

Will man so etwa 500 Millionen Menschen in Afrika unterstützen, benötigt man 150 Milliarden im Jahr. Das ist schon mehr als die zuvor vorgeschlagene Summe.

Hinweis: Die Unterstützung bei der Finanzierung von Sozialsystemen erlaubt die Forderung an die Empfängerländer, bei der WTO Veränderungen des „Same Product“ Begriffs in Richtung der Förderbarkeit nachhaltiger Supply Chains als Gegenleistung zu verlangen. Damit würden auf einmal viele kluge Lösungen für mehr Nachhaltigkeit möglich.<sup>13</sup> Dies wurde ebenso bereits berücksichtigt.

### **3. Infrastrukturentwicklung: Was die öffentliche Seite tun muss**

Infrastrukturen sind die Voraussetzung für Wohlstand. Das gilt für Infrastrukturen für physische Mobilität, aber zum Beispiel auch für Infrastrukturen für Energie. Im Bereich Infrastruktur ist die öffentliche Hand gefordert, entweder in Form von Private Public Partnerships oder durch (massive) Co-Finanzierung, sei dies über Bürgschaften, sei dies durch günstige Kredite. Das ist in jedem Fall ein guter Weg, Private dazu zu motivieren, in reale Wachstums- und Wohlstandsdimensionen zu investieren. Potentiell wird es hier zukünftig nach einer langen Zeit der Flaute wieder eine gute Verzinsung geben. Die Absicherung von der öffentlichen Seite her ist oftmals nötig, auch zum Beispiel im Bereich der Erschließung von Wasserressourcen. Nach vorliegenden Schätzungen geht es weltweit um etwa 4 Billionen Dollar pro Jahr. Wenn die öffentliche Seite im Rahmen von Private Public Partnerships auch nur ein Zehntel pro Jahr für die Aktivierung von Krediten und Bürgschaften einsetzt, sind das 400 Mrd. Dollar pro Jahr. Auf Afrika bezogen dann z.B. 100 Mrd. pro Jahr.

---

<sup>13</sup> Vgl. Studie für BMZ/giz „Globale Wertschöpfungsketten und Nachhaltigkeit – Möglichkeiten und Grenzen im Rahmen des WTO- und des EU-Rechts“. Autoren: F. Ekardt, E. Herlyn, Y. N. Hodu, T. P. Holterhus, K. Hossain, F. J. Radermacher und P.-T. Stoll, 2016

#### **4. Aufforstung**

In Afrika ist ein jährliches Aufforstprogramm von 10 Millionen Hektar pro Jahr auf degradierten Böden in den Tropen über viele Jahre umsetzbar. Der Investitionsumfang, der für die zusätzlichen jährlichen Neuaufforstungen erforderlich ist, liegt bei etwa 10 Milliarden € pro Jahr. Der Atmosphäre werden dabei pro Jahr 100 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zusätzlich entzogen. CO<sub>2</sub> Zertifikate können dabei Einnahmen in Höhe von etwa 1 Milliarde € pro Jahr generieren. Der größte Teil der anfallenden 10 Milliarden € pro Jahr wird über die spätere Nutzung des Holzes und weitere Systemleistungen des Waldes abgedeckt.

#### **5. Tourismus als Einnahmequelle**

Eine wichtige Rolle spielt Tourismus, der als nachhaltig bezeichnet werden kann: Bei Fernreisen kann man pro Tourist und Woche 1000 Euro ansetzen, die im Land verbleiben. Diese fließen in Übernachtungen, Transporte, Restaurantbesuche, Museen, Safari, Einkäufe etc. Bei durchschnittlich 2 Mio. Touristen über 50 Wochen ergibt sich ein Geldzufluss von 10 Mrd. Euro.

### **(7) Ein wichtiger Joker – Die Wüste**

Die Schaffung von Wohlstand in nicht voll entwickelten Ländern ist schwierig. Zu erfüllen sind Voraussetzungen in acht Dimensionen:

1. ein gut funktionierendes, leistungsfähiges Governance-System
2. exzellent ausgebildete und geeignet orientierte und motivierte Menschen (insbesondere: Bildung, Gesundheit und Alter als Kernfrage des Sozialen)
3. hervorragende Infrastrukturen auf internationalem Niveau
4. ein hervorragender Kapitalstock
5. Zugriff auf benötigte Ressourcen
6. eine leistungsfähige Forschung und international konkurrenzfähige Innovationsprozesse
7. ein leistungsfähiges Geld- und Finanzsystem
8. eine enge Einbettung der Unternehmen und Menschen in weltweite Wertschöpfungsnetzwerke



Möchte und muss man diesbezüglich viel erreichen, braucht man günstige Begleitumstände wie in China oder in den letzten 50 Jahren in Singapur. Es hilft sehr, wenn man einen **Joker** hat.

Nordafrika hat die **Sahara** und damit einen entsprechenden Joker – aus Sicht der Autoren einen entscheidenden Joker - zunächst mit Blick auf das Thema Energie, insbesondere erneuerbare Energie, aber auch weit darüber hinaus. In nur 6 Stunden empfangen die Wüsten dieser Welt so viel Energie von der Sonne, wie die Menschheit in einem ganzen Jahr verbraucht.<sup>14</sup> Energie ist die wichtigste materielle Voraussetzung für Wohlstand. Die arabische Halbinsel ist ähnlich gut positioniert. Hier kommt der hohe Reichtum aus fossilen Energieträgern hinzu. Dabei sind im Zuge der anstehenden Dekarbonisierung der Weltwirtschaft aber Neuorientierungen erforderlich. Die Region kämpft heute mit dem Preisverfall beim Öl. Neben den Ressourcen müssen entsprechende humane Potenziale hinzukommen bzw. parallel zur Verbesserung der Energie- und Wassersituation aufgebaut werden. Vieles ist möglich, wenn viel Energie preiswert verfügbar ist, auch was Arbeitspotenziale für geeignet vorgebildete Personen anbelangt. So gilt die Sahara von allen Wüsten der Welt als diejenige mit dem **größten Potenzial** für die hier verfolgte Zielsetzung.

Mit Blick auf Nachhaltigkeit brauchen wir allerdings neue Energietypen. Keine karbonbasierten und (aus Akzeptanzgründen) möglichst keine Kernkraft, also Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere Sonne und Wind, aber natürlich auch Wasserkraft, die in Äquatorialbereichen Afrikas ein sehr großes Potenzial besitzt. Die Energieproduktion muss dabei klimaneutral und ökonomisch preiswert sein. Das ist die ‚Zauberformel‘ für Nachhaltigkeit. Es gilt neuen Wohlstand in ärmeren Ländern und **Energieüberfluss statt Knappheit** zu erzeugen und all das ohne induzierte Umwelt- und Klimaprobleme. Ganz im Gegenteil soll die Klimasituation dabei sogar noch verbessert werden.

---

<sup>14</sup> Gerhard Knies, [www.desertec.org](http://www.desertec.org)

### **Wüsten als „Glücksfall“**

**Wüsten mit hoher Sonneneinstrahlung und viel Wind bieten die besten Voraussetzungen für die Gewinnung erneuerbarer Energie. Von allen Wüsten der Welt ist die Sahara die günstigste. Sie hat in dieser Hinsicht das größte Potenzial und bietet die Chance, zum Wohlstandsmotor zu werden, durch Energieexport in den Süden Afrikas sogar für den ganzen Kontinent. Hinzu kommt das Exportpotenzial von regelbarem und zugleich erneuerbarem Strom nach Europa zum Vorteil beider Seiten. Ganztägig Sonne, fast 365 Tage im Jahr. Und sehr viel ungenutzte Flächen bei extrem dünner Besiedlung.**

Ein wesentliches Element des Vorschlags lautet, erhebliche Investitionen des Privatsektors mit öffentlicher Unterstützung und Kreditabsicherung in der Sahara in erneuerbare Energien zu befördern und diese Investitionen dann auch in andere Sektoren der Ökonomie fortzusetzen. Es gibt Anknüpfungspunkte. So wurde das größte Solarkraftwerk der Welt in 2015 in Ouazarate in Marokko in Betrieb genommen. In Ägypten ist ähnliches passiert. Erwähnt sei das Hybridkraftwerk Kuraymat mit 150 Megawatt Leistung. Beide Kraftwerke können rund um die Uhr betrieben werden, Quarzazate dank eines Wärmespeichers sogar mehrere Stunden ohne Erdgas. A. El Badraoui beschreibt hierzu im beiliegenden Materialband die Stimmungslage in Marokko am Ort des Geschehens, F. Trieb Überlegungen zur weiteren Entwicklung von DESERTEC. Diese Denkschrift fokussiert nicht DESERTEC, es werden jedoch einige der Kernideen aufgegriffen. Weitere Hinweise finden sich im Teil III. Insbesondere ist die DESERTEC Idee noch heute hoch aktuell. Bisher nicht gelungen ist allerdings die Realisierung großer Stromtrassen in Nordafrika, die notwendige Voraussetzung für vieles sind. Wir wissen aus unserer Erfahrung in Deutschland, wie schwierig es ist, entsprechende Infrastrukturen zu realisieren und wie schädlich es ist, wenn sie fehlen.

Den entscheidenden Engpass für den weiteren Ausbau der Energieproduktion in der Sahara bilden entsprechende Infrastrukturen, auch für den Transport von regelbarem und zugleich erneuerbarem Strom nach Europa. Die Politik sollte im Rahmen des vorgeschlagenen Marshall Plans aktiv dafür werden, dass entsprechende Investitionen erfolgen.

**Der Ausbau der Infrastrukturen, insbesondere auch von Stromnetzen und Wasserpipelines in Nordafrika und Teilen der MENA-Region, wird eine hohe Wertschöpfungskapazität induzieren.**

Diese realökonomischen Innovationen sollen und werden hohe Renditen generieren, und zwar solche realökonomischen Typs. Viel in den heutigen Finanzmärkten frei verfügbares, nach Rendite suchendes und nicht in realökonomische Projekte investiertes Kapital kann so endlich einem sinnvollen ökonomischen Zweck zugeführt werden, z.B. auch über den vorgeschlagenen „Fonds Zukunft Afrika“. Dieses Geld wird dann auch endlich wieder Zins erwirtschaften. Die Gewinnung preiswerter Energie ist dabei nur der Anfang. Induzierte weitere Potenziale, die in ihrer Wirkung dann weit über den reinen Energiebereich hinauswirken, betreffen:

- ✓ Nutzung solarer Energie in Breite
- ✓ Klimaneutrale Produktion von Wasser durch Meerwasserentsalzung und klimaneutraler Transport über große Distanzen
- ✓ Massive Aufforstungsprogramme am Rande der Sahara, zugleich Stopp der weiteren Wüstenbildung
- ✓ Erzeugung von Negativemissionen, also mehr Umweltschutz und mehr Klimaschutz, wenn mehr aufgeforstet wird
- ✓ Resultierende Arbeitsplätze in der Holzindustrie. Holz aus erneuerbarer Rohstoff soll in allen materiellen Prozessen zum Einsatz kommen.
- ✓ Massiver Einsatz klimaneutraler Energie und klimaneutralen Wassers zum Aufbau der Landwirtschaft und zur Erzeugung vieler Arbeitsplätze.
- ✓ Investitionen in entsprechende Infrastruktur
- ✓ Aufbau eines Industrie- und Sektors, um alle diese Prozesse unternehmerisch, personell und materiell zu unterfüttern
- ✓ Ziel: jährlicher Arbeitsplatzzuwachs von 5 Mio. und mehr in Nordafrika und ausgewählten Teilen der MENA-Region
- ✓ Positive Einflüsse auf Bevölkerungsentwicklung und Investitionen in Sozialsysteme

## **(8) Employment now<sup>15</sup>**

Die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation für die (jungen) Menschen in Afrika insgesamt und der MENA-Region im Besonderen ist eine der dringendsten Herausforderungen für Europa und die Welt, wenn Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung gelingen sollen.

Die Autoren Joachim von Braun<sup>16</sup> und Chiara Kofol führen zunächst aus, dass die geringen Beschäftigungsgrade und die sich weiter verschärfende Beschäftigungssituation der Jugend in Afrika und im Mittleren Osten zunehmend zu einem entscheidenden Treiber für Armut, Stress, Frustration und politische Instabilität wird. Die Autoren beschreiben, wo Ansatzpunkte zum Schaffen von mehr Arbeitsplätzen bestehen, wobei die Prioritäten in Nordafrika und Subsahara Afrika verschieden sind. Sie plädieren für eine unorthodoxe Politik. Produktive Arbeit muss jetzt gezielt geschaffen werden. In Nordafrika und dem arabischen Raum geht es vor allem um die rasche Ausweitung von produktiver Beschäftigung der Schul- und Hochschulabsolventen, die nach Abschluss der Ausbildung häufig unbeschäftigt und frustriert sind. In Subsahara Afrika geht es vor allem um die rasche Steigerung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, auch durch produktive Arbeitsbeschaffungsprogramme, wie sie China z.B. erfolgreich in den 1980er und 90er Jahren umgesetzt hat, sowie Agrarförderung.

Klar ist, dass sehr schnell sehr viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Bundespräsident a.D. Horst Köhler spricht von 20 Mio. Arbeitsplätzen pro Jahr für junge Menschen über die nächsten 30 Jahre, die in Afrika benötigt werden. Was heute versucht wird, sind Programme, die aktiv Arbeitsplätze zu schaffen versuchen, oder auch indirekte Programme im Bereich Ausbildung und Landwirtschaft.

Die Autoren beschreiben die Bedeutung der Abwanderung von Menschen in die Städte und die Bedeutung internationaler Migration. Massenbeschäftigung gibt es

---

<sup>15</sup> Input von Joachim von Braun und Chiara Kofol: „Employment Now – addressing the challenge in Arab Region and Africa“ In dem Beitrag werden Themen wie die Förderung der Landwirtschaft und Verarbeitung vor Ort, und produktive Arbeitsbeschaffung etc. adressiert. Der Beitrag findet sich in voller Länge im beiliegenden Materialband.

<sup>16</sup> siehe Kapitel „Die Autoren und Unterzeichner“ am Ende dieser Denkschrift

nur im Bereich unproduktiver Tätigkeiten im Dienstleistungssektor, in dem in vielen afrikanischen Ländern schon über 40% der Beschäftigten tätig sind. Diese Zahl macht deutlich, dass das erhebliche BIP-Wachstum der letzten Jahre nicht zu einem ausreichenden Anwachsen der Beschäftigungsrate geführt hat.

Als ein Problem wird beschrieben, dass die privaten Investitionen zu niedrig sind, was wiederum mit der Instabilität vieler Länder der Region zusammenhängt. Eine besondere Schwierigkeit ist die niedrige Beschäftigungsquote von Frauen, die wiederum erhebliche Rückwirkung auf das Reproduktionsverhalten hat. Das beste Verhältnis von Beschäftigung zu Bevölkerungsgröße (ungefähr 50%) hat Marokko, während Tunesien (mit etwa 30%) den niedrigsten Stand aufweist. Die Autoren stellen fest, dass die Fertigkeiten der jungen Menschen vor Ort aus Mangel an geeignetem Training und entsprechender Ausbildung oft nicht ausreichend sind, um vorhandene Stellen auszufüllen. Die Beschäftigungsraten für Jugendliche sind nicht nur im internationalen Vergleich gering, sondern sind in einigen der Länder in der letzten Dekade sogar negativ.

In der Diskussion, was zu tun ist, werden aktive Arbeitsmarktpolitik und indirekte Beschäftigungsförderung durch Maßnahmen im Bereich Ausbildung empfohlen. Schwerpunkte sind Vocational Training, Lohnzuschüsse, öffentliche Beschäftigungsprogramme und die Förderung von selbständiger Beschäftigung durch Start-Kredite. Es gibt in den Ländern der MENA Region z.B. Tunesien, spezielle Programme für gut ausgebildete Jugendliche, ebenso Programme für Menschen ohne Ausbildung. Aber was heute versucht wird, ist bei weitem nicht ausreichend. Die Autoren vergleichen deshalb die Situation in Afrika mit der Situation in anderen Ländern der Welt, insbesondere solchen, bei denen massive Steigerungen der Beschäftigungsraten gelungen sind und zwar in China 1980-1990, in Indien ab 2010 und in Äthiopien ab 2010. Konkrete Empfehlungen der Autoren erfordern **neues Denken** und **unorthodoxe politische Aktivitäten**. Die konkreten empfohlenen Maßnahmen sind hier vollständig übernommen.

More specific policy recommendations can be summarized as follows:

- (1) In order to increase the employability of the unskilled and lower educated youth, **wage subsidies**, although considered unpopular on grounds of “Ordnungspolitik”, should be implemented at scale. Such subsidies to firms but also via labor intensive public works would lower the cost of jobs. They should be not permanent and time bound;
- (2) **Training programs** offered to young graduates, should be trusted by firms. Certifications of their added value should be made available;
- (3) Well-designed **Job-search services** should be provided as they have shown high positive impact on youth employment in the short run;
- (4) **Women** should be much more included in the labor force. Making their low participation to the labor market a public issue might help the transition to less gender inequality on the labor market;
- (5) In Sub-Saharan Africa the **agricultural sector** is a big source of employment for youth. Policies aimed at improving security of property rights and investment in innovation for high agricultural productivity are key to create jobs;
- (6) **Involving the private sector** in youth employment policies is critical, especially for the school-to-work transition. This would require incentives for firms` participation (such as employment related tax relief);
- (7) **Remittances from migrants** should be directed to labor intensive investments by specific banking and investment policies;
- (8) Correcting **macro policies**, such as exchange rate distortion in resource coursed countries (such as Nigeria) should be addressed by active policies for agriculture/industry.
- (9) In conflict-ridden states **reconstruction**, economic integration, social policies, such as jobs as incentives to lay down weapons, could play a positive role.

## **II. Handlungsfelder im Rahmen eines Marshall Plans mit Afrika**

Ein Marshall Plan entfaltet sich insbesondere in seinen Einzelheiten. Diese bergen große Herausforderungen in vielfältigen Detailfragen und deren adäquater Adressierung. Informativ sind in diesem Zusammenhang verschiedene Ausführungen im Materialband, z.B. der Beitrag von Frau Sonja Palm (giz) zu einer besseren Nutzung des Ressourcenreichtums Afrikas für eine nachhaltige Entwicklung. Erinnert sei mit Blick auf Kapitel III an die Ausführungen von Prof. Leisinger zur wichtigen Rolle der Unternehmen für Entwicklung, die Hinweise von Prof. Werner Smolny zu den grundsätzlichen Voraussetzungen für den Wohlstand von Staaten und die gemachten Erfahrungen im Bildungsbereich mit der German University in Cairo, schließlich die Hinweise von Peter Spiegel zur Rolle sozialer Innovationen und zu den segensreichen Wirkungen von Mikrokrediten im Sinne der Arbeiten von Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus (nicht von Mikrokrediten eines „plündernden“ Typs).<sup>17</sup>

Umfangreiche Kenntnisse über die grundsätzlichen Möglichkeiten und „Best Practices“ vor Ort sind im BMZ- und giz-Umfeld aus vielfältigen Projekterfahrungen vorhanden. Mit diesen Erfahrungen lassen sich Bände füllen. Das zu tun ist weder die zentrale Kompetenz der Autoren, noch ist dies der Inhalt dieser Denkschrift. Hingewiesen wird jedoch auf die folgenden Handlungsfelder, die im Zuge der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen im Rahmen eines Marshall Plans mit Afrika unbedingt bedacht werden sollten.

### **Politisches Engagement**

#### **✓ Mehr politische Koordinierung und Parlamentarieraustausch**

Stärkere politische Aufmerksamkeit für Afrika insgesamt und für die MENA-Region im Besonderen. Etablierung regelmäßiger politischer Konsultationen. Regelmäßiger Austausch auf der Ebene der Parlamentarier.

---

<sup>17</sup> Vgl. hierzu FAW/n Publikation „Microcredit – Addressing an Ongoing Debate“, Ulm 2014, abrufbar unter [www.faw-neu-ulm.de](http://www.faw-neu-ulm.de)

✓ **Eine panafrikanische Freihandelszone**

Die ökonomische Zusammenarbeit innerhalb Afrikas, aufbauend auf den existierenden Regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (Regional Economic Communities), würde neue Chancen bieten. Eine fair ausgestaltete Freihandelszone würde helfen. Europäisches Engagement zur Etablierung einer solchen Zone ist wichtig.

✓ **Nordafrika als Brücke zum Süden des Kontinents**

Nordafrika besitzt als Brücke zum übrigen Kontinent ein großes ökonomisches und kulturelles Potenzial. Verbesserte Kooperation Nord-Süd und Ost-West, Investitionen in Förderprogramme und Entwicklungspartnerschaften für das übrige Afrika, also den größten Teil des Kontinents, müssen Aktivitäten in Nordafrika und der MENA-Region komplettieren.

✓ **Intensive Nutzung vorhandener politischer Strukturen**

In die Marshall Plan-Aktivitäten soll die UfM (Union für den Mittelmeerraum) mit Sitz in Barcelona integriert werden. Ferner sind die Afrikanische Union und RECs (Regional Economic Communities) sachorientiert zu berücksichtigen. Hierzu gibt es einige Hinweise im vorliegenden Dokument.

## **Stärkung der öffentlichen Seite vor Ort**

✓ **Ausbau des öffentlichen Sektors / Governance**

Am Anfang steht die Frage nach der Rolle des Staates. Diese ist zentral im Bereich Sicherheit (hier hat die Afrikanische Union belastbare zwischenstaatliche Strukturen geschaffen) und im Bereich einer grünen und inklusiven Regulierung (da ist noch viel zu tun). Wichtig ist, dass der Staat nicht die falschen Dinge tut und dabei z.B. das private Unternehmertum regulativ stranguliert: durch schlechte Regeln und ineffiziente Verwaltungsarbeit. Anzugehen sind Themen wie Ausbildung, Infrastruktur, Gesundheit, Schutz im Alter, aber auch Grenzschutz im Kontext der Flüchtlings- und Migrationsthematik sowie der Terrorismusgefahr. Nutzung von Instrumenten der Digitalisierung in allen genannten Bereichen. Ziel ist es, dass alle EU-Nachbarstaaten den Status „sichere Herkunftsländer“ erreichen.



✓ **Stärkung der öffentlichen Verwaltungen**

Die Stärkung der Verwaltungen, z.B. Steuerbehörden, Sicherheitskräfte, Grenzorganisationen etc. ist ein wichtiges Thema. Teilweise geht es um Capacity Building. Compliance ist ein Thema, ebenso der Kampf gegen Korruption, die Nutzung neuer digitaler Instrumente in diesem Bereich wie der Auf- bzw. Ausbau der statistischen Ämter. Eine Warnung betrifft wiederum die Gefahr einer überbordenden und ineffizienten Bürokratie, die das private Unternehmertum, gerade auch kleine und mittlere Unternehmen, massiv behindert.

✓ **Nachhaltige Nutzung der Rohstoffe und Einnahmen aus diesen**

Afrika verfügt über sehr viele ökonomische Ressourcen. Die Nachfrage nach Rohstoffen aus Afrika (Öl, Gas, Metalle, seltene Erden) wird in Zukunft noch weiter zunehmen. Die Einnahmen aus diesen beinhalten großes Potenzial zum wirtschaftlichen Wachstum und für mehr Nachhaltigkeit in den jeweiligen Ländern, allerdings nur bei guter Rohstoffgovernance. Die Ressourcen sollten auch als Quelle für Wohlstand und zur Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden. Wichtig ist aber in jedem Fall, eine Fokussierung auf Rohstoffe zu vermeiden. Anzustreben ist eine breite, differenzierte Ökonomie. Die besonderen Potenziale im Bereich der Rohstoffe werden im beiliegenden Materialband in einem Beitrag von Sonja Palm „*Wirtschaftliche Diversifizierung aus Rohstoffen*“ beschrieben.

✓ **Konfliktprävention und Sicherheit als Aufgabe**

Angesichts vielfältiger neuer Bedrohungen sollten Konfliktprävention und Sicherheit als gemeinsame Themen in enger Zusammenarbeit entwickelt werden. Dies zielt vor allem auf Terrorabwehr, aber auch auf Datenschutz, Stabilität der Informationsstrukturen, bessere Verknüpfung der Infrastrukturen (z.B. Kopplung der Stromnetze), Transportnetze für Wasser etc.

✓ **Urbanisierung und Verstädterung nachhaltig gestalten**

Das Wachstum vieler Städte in Afrika ist massiv. Der Urbanisierungsprozess ist eine große Herausforderung und kann unter Aspekten der Nachhaltigkeit scheitern – er muss es aber nicht. Der Urbanisierungsprozess in Afrika beinhaltet also enorme Chancen und Risiken für eine nachhaltige Entwicklung. In der Zusammenarbeit sollen die positiven Potenziale möglichst gut erschlossen

werden. Gleichzeitig soll ein starker Fokus auf vorhandene Mittelzentren und regionale Strukturen gerichtet werden, um die Attraktivität dieser Städte und Regionen für jüngere Menschen zu steigern und so der „Flucht“ in die großen Städte etwas entgegenzusetzen.

✓ **Bevölkerungsentwicklung / Familienplanung**

Familienplanung ist ein zentrales Thema und eine entscheidende Notwendigkeit für Afrika und die Welt. Familienplanung und Mutter-Kind-Gesundheit müssen als großes Thema in das Zentrum der Aktivitäten gerückt werden. In diesen Kontext fällt auch der Aufbau von Sozial- und Rentensystemen in den betreffenden Ländern. Das muss von Seiten der reichen Länder flankiert werden – wie in Teil II der Denkschrift dargestellt. Im deutschen Bundestag wurde jüngst eine wichtige Initiative in diese Richtung formuliert.

*(Hinweis: Eine Vervierfachung der Größe der afrikanischen Bevölkerung auf über 4 Milliarden Menschen bis 2100 hat den Charakter einer „tickenden Zeitbombe“. Hier gilt es gegenzusteuern – mit Familienplanung und einer öko-sozialen Agenda.)*

**Förderung der Wirtschaft**

✓ **Energiewohlstand durch erneuerbare Energien herstellen**

Eine Zusammenarbeit im Klimabereich, bei Klimaschutz und bzgl. Klimaneutralität ist zu fördern. Ziel ist eine massive Nutzung von Solar- und Windenergie, vor allem auch in der Sahara, aber durchaus auch in der arabischen Wüste, die besser erschlossen und weniger durch Wanderdünen „bedroht“ ist. Wichtig ist auch die Aktivierung des extrem hohen Potenzials an Wasserkraft südlich der Sahara. Die Stromnetze müssen dringend ausgebaut werden. Sie bilden heute den größten Engpass, den es durch Ausbau leistungsfähiger Stromleitungen und sonstiger Transportinfrastrukturen entgegen zu wirken gilt. Energieexporte in den Süden des Kontinents sowie auch flankierend nach Europa sind zu ermöglichen. Ansonsten ist das Ziel die „Wohlförderung vor Ort auf Basis grüner Energien“.

- ✓ **Die Sahara und die arabische Halbinsel als Energieland für die Zukunft**  
Die Erschließung des energetischen Potenzials der Sahara ist ein zwingender Baustein einer nachhaltigen Entwicklung des Kontinents. Dies ist ein zentrales Element des vorgeschlagenen Marshall Plans für Teile der MENA-Region und Afrika insgesamt.<sup>18</sup>
  
- ✓ **Meerwasserentsalzung (klimaneutral) / Erzeugung von Wasserreichtum**  
Solare oder grüne Energien sollten zur Meerwasserentsalzung eingesetzt werden. Ziel ist „Wasser im Überfluss“ in einer Region, in der heute Wasserknappheit einen konflikträchtigen und entwicklungshemmenden Zustand induziert. Überlandpipelines für Wasser als Teil des generellen Wassermanagement sind innerhalb innovativer Lösungen zu entwickeln. Der Transport soll weitgehend durch Pipelines auf Basis erneuerbarer Energien abgewickelt werden.
  
- ✓ **Aufforstung**  
Aufforstung besitzt weltweit eine entscheidende Rolle für die Durchsetzung der SDGs und die Vermeidung seiner Klimakatastrophen. Aufforstung fördert 12 der 17 SDGs. U.a. stabilisiert Aufforstung den Wasserkreislauf und kann das Austrocknen der Regenwälder verhindern – damit einen besonders kritischen „Tipping Point“ des Klimasystems aushebeln. Ziel sind massive Aufforstungen an den Rändern der Sahara, auch um die Ausbreitung der Wüste zu verhindern. Wälder sollten als „Joker“ genutzt werden. Im Kontext Klimaneutralität wird weitere Wüstenbildung verhindert. Fruchtbare Land wird aus der Wüste neu erschlossen statt den dauernden großen jährlichen Verlust von nutzbarem Land an die Wüste weiter hinzunehmen. Neue Wälder bedeuten Klimaschutz und eine erneuerbare Rohstoffe-Basis für Handwerk / Hausbau / Kleinindustrie etc. Zugleich gelingt so eine Neutralisierung im Bereich CO<sub>2</sub>. Parallel dazu muss man versuchen, im Rahmen von Abkommen und unter Nutzung erheblicher Transfers den vorhandenen Regenwald zu schützen. Es muss also dafür bezahlt werden, dass der Regenwald erhalten bleibt, und gerade nicht für seine Produkte im Kontext von Abholzung.

---

<sup>18</sup> Vgl. Materialband: Abderrazak El Badraoui gibt im Materialband einen Einblick in die Stimmungslage in Marokko und die dortigen aktuellen Aktivitäten. Franz Trieb gibt Hinweise zu einer wirtschaftlich tragfähigen Kooperation zwischen Nordafrika und Europa im Bereich erneuerbarer Energie.

✓ **Massive Förderung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft**

Afrika könnte sich selbst ernähren, importiert aber zurzeit Nahrungsmittel für ca. 35 Milliarden US\$ pro Jahr. Nordafrika war einmal die Kornkammer des Römischen Reiches, allerdings unter günstigeren klimatischen Bedingungen als heute. Viele neue, durchaus moderne Arbeitsplätze können in der Landwirtschaft entstehen, wobei aber die Produktivität der Landwirtschaft massiv verbessert werden muss. Landwirtschaft in Afrika hat ein großes Potenzial. Zur Ernährung der rasch wachsenden afrikanischen Bevölkerung wie zur Ernährung der Menschheit muss dieses auch genutzt werden. Die landwirtschaftliche Produktion in Afrika kann in den kommenden Jahren massiv erhöht werden. Innovation durch besseres Saatgut, angepasste und verbesserte Bewässerung, funktionierende Lagerung und funktionierenden Transport (Kühlketten) sowie effiziente Verarbeitung und Vermarktung sind entscheidend für die Transformation der afrikanischen Landwirtschaft. Insbesondere durch Veredelung landwirtschaftlicher Rohstoffe entstehen vermehrte Wertschöpfung und neue Jobs. Die neuen Informationstechniken (Mobil-Phone) bringen Innovationen und attraktive Tätigkeiten aufs Land. Aber das Investitionsklima muss verbessert werden. Dazu zählt, die EU-Landwirtschaftspolitik in einer Weise zu verändern, dass sie der Landwirtschaft in Nah-Ost und Afrika hilft. Dabei ist klar: Es gibt in diesem Sektor viele neue Arbeitsplätze, wenn man es richtig macht. Und es können moderne Arbeitsplätze mit viel Technikbezug und IT-Nutzung sein, die dann auch für junge Menschen attraktiv sind. Die Landwirtschaft muss dazu mit dem sekundären und tertiären Sektor gut verknüpft werden. Zur Ausbildung müssen entsprechende schulische Ausbildungsphasen hinzukommen. Die Regionen müssen attraktiver werden, auch um zumindest ein Gegengewicht gegen immer mehr Verstädterung zu schaffen.<sup>19</sup>

✓ **Bodenpolitik**

Bodenpolitik wird immer wichtiger, auch in Verbindung mit der Sicherung eines Zugangs zu Wasser. Dieses Thema ist von entscheidender Bedeutung für eine gedeihliche Entwicklung in Afrika und eine gute Zukunft für die Menschen. Erforderlich ist in vielen Teilen Afrikas, dass endlich Kataster eingerichtet werden, die das Eigentum an Land dokumentieren. Das dient auch dem Schutz

---

<sup>19</sup> Vgl. Materialband: „Employment Now – addressing the challenge in Arab Region and Africa“ von Joachim von Braun und Chiara Kofol

kleiner Eigentümer und ist oft auch die Voraussetzung dafür, Kredite erhalten zu können.

✓ **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur**

Ein Infrastrukturausbau im Verkehrsbereich ist ein zentrales Thema für Entwicklung. Hier muss der Marshall Plan mit massiver Co-Finanzierung ansetzen, auch in Ost-West-Richtung. Neuerungen in den Bereichen IT und Mobilität auf Basis erneuerbarer Energien sollten ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

✓ **Ausbau des Tourismus**

Tourismus hat eine große Bedeutung für Nachhaltigkeit. Der Chef des UN Nachhaltigkeitsbüros hat darauf hingewiesen, dass richtig ausgestalteter Tourismus ein großes Potenzial für internationale Zusammenarbeit und neue Formen von Wertschöpfung besitzt. Es geht um die Bewahrung der Schöpfung und den Erhalt von Biodiversität. Die Natur wird dabei in Wert gesetzt und erhalten, anders und besser als z.B. bei Abholzung. Grüne Lösungen, IT-Basierung, Naturerlebnisse, auch Naturerlebnisse in der Wüste als Zielsetzung sind attraktiv (nachhaltiger Tourismus).

✓ **Verstärkte Anstrengungen für Firmengründungen**

Fairen Handel fördern / Handelspräferenzen zulassen. Die Aktivitäten des privaten Sektors, vor allem des Mittelstands, sind für die Zukunft der MENA-Region und Afrika insgesamt zentral, nicht zuletzt auch mit Blick auf die von Bundespräsident a.D. Dr. Horst Köhler geforderten jährlichen 20 Millionen neue Arbeitsplätze in Afrika für die Jugend in den nächsten 30 Jahren. Förderung dieser Prozesse, vor allem im kleinen Mittelstand ist zentral. Entrepreneurship fördern, Anknüpfungen an die großartige handwerkliche und kunsthandwerkliche Tradition der Länder herstellen. Mittelstandsförderung als Schwerpunkt, digitale Aspekte beachten. Umsetzung des Mottos von Muhammad Yunus: „Warte nicht auf einen Arbeitsplatz, sondern schaffe ihn Dir selbst!“. Allerdings sind in diesem Kontext noch viele staatliche Hürden zu beseitigen.

✓ **Mehr Kreditgewährungen und Bürgschaften**

Es ist mittlerweile internationaler Konsens, dass Entwicklung deutlich mehr Mittel braucht, gemäß dem Addis Abeba-Motto „From Billions to Trillions“.

Diese Mittel müssen sehr weitgehend als investives Kapital von Seiten des Privatsektors aktiviert werden. Oftmals stimmen dafür aber die Voraussetzungen nicht. Die Voraussetzungen müssen geschaffen werden, regulativ und mit begleitenden Finanzinstrumenten. Die Gewährung günstiger, langfristiger Kredite und die Übernahme von Bürgschaften durch die öffentliche Seite im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gehören zu den wichtigsten Instrumenten, um an dieser Stelle weiterzukommen. Realistisch ist ein Hebelfaktor von 4, was bedeuten würde, dass öffentliche Mittel, die in diesem Bereich eingesetzt werden, den fünffachen Effekt erzeugen.

✓ **Fairen Handel fördern / Handelspräferenzen zulassen**

Ausnutzen der entsprechenden WTO-Sonderregeln. Mehr asymmetrische Gewährung von Vorteilen für die afrikanischen Staaten. Ferner: Initiierungen von Initiativen für tatsächlich regelbasierten fairen und freien Handel, nicht nur freien Handel. Aufgreifen von Hinweisen von BMZ-Minister Müller und Bundespräsident a.D. Horst Köhler zum Thema. Es ist ein entscheidendes Thema für Politikkohärenz, Asymmetrien in Handelsfragen zuzulassen und so für mehr Entwicklung zu sorgen.

✓ **Mikrokredite**

In der internationalen Entwicklungspolitik haben sich Mikrokredite, und in der Folge auch Mikroversicherungen, als wesentliche Hebel erwiesen, im Besonderen im Bereich von Kleinunternehmen, um große Fortschritte in der Lebenssituation von Menschen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erreichen. Diese sind auch von besonderer Bedeutung, wenn hunderte Millionen von Menschen, die heute keinen Job haben, einen Job finden sollen. In den klugen Ansätzen, die im Besonderen auf den Friedensnobelpreisträger Mohammad Yunus zurückgehen, gibt es Kredite nur in Verbindung mit einem tragfähigen Geschäftsmodell und in einem Umfeld, das den Kreditnehmer unterstützt. Es hat zwischenzeitlich leider auch „plündernde“ Formen von Mikrokrediten gegeben, die dieses Instrument genauso missbraucht haben, wie im Kontext der Weltfinanzkrise das wichtige generelle Kreditinstrument von Akteuren missbraucht wurde. Solche Missbräuche sind regulativ auszuschließen, insbeson-

dere deshalb, um die Instrumente selbst einsetzbar zu halten. Denn diese beinhalten in der richtigen Ausgestaltung erhebliche Hebel für eine attraktive Zukunft für viele Menschen.<sup>20</sup>

✓ **Beförderung europäischer und internationaler Investitionen**

Afrika hat große Potenziale. China hat viel in Afrika in Gang gesetzt. Europa und die OECD-Staaten könnten viel mehr tun, um diese Entwicklung zu fördern – und zwar zum gegenseitigen Vorteil. Die G20 sollte ebenfalls verstärkt für Reformpartnerschaften gewonnen werden und mehr investieren. Hier gilt es, für die deutsche Politik im politischen Raum Partnerschaften zu initiieren, und zwar als Teil der Marshall Plan Idee.

✓ **Mittelstandspartnerschaften**

Eines der Erfolgsgeheimnisse der deutschen Wirtschaft sind international erfolgreiche Mittelständler, oft familiengeführt, oft auch „Hidden Champions“. Diese Gruppe könnte in Afrika viel bewirken – für Afrika, aber auch für die eigene Zukunft. Denn bereits in 2050 werden es über 2 Milliarden Menschen sein, die in Afrika leben – und zwar die dann jüngste Bevölkerung der Welt. In Afrika müssen dazu die Bedingungen für kleine und mittlere Firmen und Start ups verbessert werden. Weniger Bürokratie und weniger Hürden auf staatlicher Seite, um mehr Dynamik und die schöpferischen Kräfte von Unternehmen, gerade auch Kleinunternehmen, freizusetzen.

## **Bildung und Forschung**

✓ **Die afrikanische Jugend als Chance und Herausforderung**

Nirgendwo auf der Welt werden bald so viele junge Menschen leben wie in Afrika. Darin liegt eine Chance, wenn Entwicklung gelingt, aber auch ein großes Risiko, wenn sie nicht gelingt. Für Europa mit seiner deutlich älteren Bevölkerung sind die Chancen offensichtlich. Mit Blick auf die Flüchtlingsfrage sind auch die Risiken nicht von der Hand zu weisen. Deshalb sollte unbedingt in die afrikanische Jugend investiert werden. Dabei muss klar sein: die jungen Leute

---

<sup>20</sup> Vgl. hierzu FAW/n Publikation „Microcredit – Addressing an Ongoing Debate“, Ulm 2014, abrufbar unter [www.faw-neu-ulm.de](http://www.faw-neu-ulm.de)

wollen interessante Jobs mit Potenzial. Zu viele wollen allerdings in die staatliche Verwaltung oder in die Bürokratie großer Firmen. Das reicht sicher nicht aus, um alle Interessenten mit interessanten Arbeitsmöglichkeiten zu versehen. Anfassend und Eigeninitiative ist gefragt. Viele jüngere Leute sollten sich – in der Sprache von Muhammad Yunus – ihren Job selber schaffen. In diesem Sinne ist duale Ausbildung als Basis in der Breite tragfähiger als die so oft zu beobachtende Fixierung auf einen MBA. Hier umzusteuern ist auch eine Frage der Psychologie und des Managements von Erwartungen.

✓ **Bildung von Frauen und Mädchen**

Die Förderung von Frauen und Mädchen ist ein zentrales Thema für die Zukunft der Region, insbesondere auch unter dem Aspekt, das Bevölkerungswachstum im Sinne der Nachhaltigkeit zu gestalten. Hier muss ein Schwerpunkt des Marshall Plan Ansatzes liegen, auch gegen kulturell begründeten Widerstand vor Ort. Ein starker Fokus auf Frauen und Mädchen muss Teil einer klugen Konditionierung der Zusammenarbeit sein. Auch die Hilfe beim Aufbau und Ausbau von staatlichen Sozialversicherungssystemen muss entsprechende Schwerpunkte beinhalten.

✓ **Ausbildungsinitiative Handwerk**

Massive Stärkung der beruflichen Bildung, Förderung des Handwerks etc., insbesondere zur Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze und für die wirtschaftliche Entwicklung. Die digitale Seite beachten. Enabling auf beiden Seiten der Partnerschaft anstreben.

✓ **Förderung der dualen Ausbildung**

Duale Ausbildung ist wichtig für alle einschlägigen, in diesem Text behandelten Themen, z.B. digitale Aspekte in der Ausbildung. Duale Ausbildung ist ein „Exportschlager“ des deutschen Bildungssystems. Nationale Bildungssysteme dürfen nicht nur MBAs hervorbringen, sondern Menschen, die vor Ort in der physischen Ökonomie unmittelbar tätig werden können – mit „Hand und Kopf“. Auch in Afrika wird das Handwerk einen „goldenen Boden“ haben. Dort wird ein großes Maß an menschlichen Fähigkeiten benötigt. Hier liegt ein Potenzial für viele neue Aktivitäten.



✓ **Stärkung der Universitäten und Hochschulen**

Gut ausgebildete Abgänger von Universitäten und Hochschulen sind für die Entwicklung der Region unverzichtbar. Dies betrifft die Verankerung aller Themen, die für einen Marshall Plan wichtig sind, also **Grüne Ökonomie, Entrepreneurship** etc. Die digitale Seite des Themas ist zu beachten. Ein gutes Beispiel für das, was möglich ist, ist die German University of Cairo, vgl. hierzu den Text von Prof. Dr. Werner Smolny in Kapitel III.

✓ **Chance Digitalisierung**

Die Digitalisierung eröffnet Afrika riesige Chancen, die in Teilen schon genutzt werden. Bestimmte Innovationen gelingen nämlich besser, wenn klassische Infrastrukturen noch **nicht** vorhanden sind. Beim Ausbau digitaler Finanzlösungen und bei Tele-Health-Lösungen auf Basis der Mobiltelefonie und mobilem Internet kann dieses Phänomen schon heute studiert werden. Entsprechende Forschungs- und Entwicklungsvorhaben machen in einem solchen Umfeld Sinn.

✓ **Mehr Austausch-, Studien- und Studienprogramme**

Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika und die Förderung der afrikanischen Jugend zu wechselseitigem Vorteil muss insbesondere auf das Instrument von Austausch- und Studienprogrammen (z.B. à la Erasmus) setzen. Wechselseitige Aufenthalte, die von einigen Wochen bis zu 1-2 Jahren reichen können, Zusammenarbeit in Forschungsprojekten etc. sind ideale Instrumente für die vom Bundespräsident a.D. Horst Köhler geforderten Lerngemeinschaften zwischen Afrika und Europa.

**Materialband zu „Migration, Nachhaltigkeit und ein Marshall Plan mit Afrika“ – Denkschrift für die Bundesregierung Club of Rome und Senat der Wirtschaft e.V. / Wichtige weitere Einzelthemen**

Abderrazak El Badraoui: Nachhaltige Euro-Afrikanische Partnerschaft im Bereich der erneuerbaren Energien am Beispiel des Wüstenstroms aus Marokko (Gutachten für einen BMZ/giz Workshop zum Thema)

Joachim von Braun and Chiara Kofol: Employment Now – addressing the challenge in Arab Region and Africa, Center for Development Research (ZEF), University of Bonn, Draft, October 10th, 2016 (Gutachten zu dieser Denkschrift)

Hajo Junge, Franz Josef Radermacher, Roland Wöller: Materialsammlung aus einem BMZ/giz Workshop zum Thema. In diesem Dokument sind insbesondere zusätzliche Hinweise von Hajo Junge zum Thema Klimawandel und Migration in der MENA-Region, von Peter Spiegel (GENISIS Institute) zum Thema Lernkulturen, zum Thema Anstrengungen für Firmengründungen und zum Thema moderner Ausbildungsgänge, von Hans-Joachim Tesmer (Senat der Wirtschaft) zum Thema „Entwicklung Afrikas“ und zum Thema Public Private Partnership, insbesondere für die Bereiche Infrastruktur, Elektrizität etc.

Horst Köhler (Bundespräsident a.D.): Für eine neue Kultur der Zusammenarbeit mit Afrika, Rede beim Afrika-Kongress der CDU/CSU-Fraktion, Deutscher Bundestag, 16. März 2016

Klaus Leisinger: Anforderungen an Entwicklungszusammenarbeit durch Unternehmen

Graeme Maxton: Policy proposals to progressively reduce unemployment and inequality in the poor world

Sonja Palm, giz: Employment for Development / Skills for Oil and Gas

Wolfgang Schäuble (Bundesfinanzminister): „Was wir brauchen, ist eine maßvolle Revolution.“ Rede in Kiel über die Zumutungen und Risiken des gesellschaftlichen

Wandels / Ungleichheit nimmt zu, aber ein Zurück in nationale Nischen gibt es nicht.

Werner Smolny: „Persönliche Einsichten und Erfahrungen aus dem Umfeld der German University in Cairo“ (Gutachten zu dieser Denkschrift)

Thomas Straubhaar: Migrationspolitik in Theorie und Praxis

Franz Trieb, DLR: Solarstromexport als Baustein einer Energiepartnerschaft zwischen Europa und Nordafrika (Gutachten für einen BMZ/giz Workshop zum Thema)



## Schlussbemerkungen

Es sollte deutlich geworden sein, dass sich Deutschland und Europa mit der wieder sehr aktuell gewordenen Migrationsfrage in einem historischen Prozess befinden, der über die Jahrhunderte viele Facetten gezeigt hat. Angesichts des anhaltenden rasanten Anstiegs der Weltbevölkerung könnte allerdings das, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt, alle historischen Erfahrungen sprengen. Wir brauchen in dieser Zeit neue mutige Ansätze, die zugleich deutlich machen müssen, dass die 2015 in New York verabschiedete Agenda 2030 und die in Paris verabschiedete Programmatik zum Weltklima nicht nur Worte sind, sondern auch reale Umsetzungschancen bestehen. In diesem Kontext müssen die Vertreter einer globalisierten Wirtschaftsordnung insbesondere beweisen, dass ein adäquat regulierter Markt, d.h. ein grüner und inklusiver Markt „liefern“ kann. Liefern bedeutet dabei, dass für immer mehr Menschen Arbeitsplätze geschaffen werden oder über andere Ansätze ein für alle Menschen auskömmliches Einkommen garantiert werden können. Parallel sind die Umwelt und das Klima zu schützen. All das ist gleichzeitig möglich. Beträchtliches wirtschaftliches Wachstum, vor allem in ärmeren Ländern, ist möglich und mit Nachhaltigkeit kompatibel.

Einen Joker stellt in diesem Zusammenhang die Wüste Sahara dar, eine der in diesem Kontext interessantesten Wüsten weltweit. Sie eröffnet neue Möglichkeiten, um regelbare und erneuerbare Energie zu produzieren und an verschiedensten Stellen des Kontinents und darüber hinaus verfügbar zu machen – und stellt damit eine Grundvoraussetzung für die Schaffung neuen Wohlstands dar. Hinzukommen sollte perspektivisch das Potenzial einer Zusammenarbeit im Energiebereich in der EU-MENA Region, ähnlich dem der Anfänge der EU, als mit der Montanunion für Kohle und Stahl erste Schritte in eine gemeinsame Zukunft getan wurden. Eine weitere politische Vision könnte es sein, durch Energie- und Aufforstprojekte Afrika in Teilbereichen zu einer grünen „Lunge“ und Batterie für diese Welt zu entwickeln und dabei gleichzeitig Millionen von Arbeitsplätzen und damit Perspektiven für junge Menschen in diesen Bereichen zu schaffen.

Erhebliche finanzielle Mittel sind notwendig, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit für Afrika müssen mindestens verdoppelt bzw. sogar verdreifacht werden.

Diese sollten in Verbindung mit entsprechenden Konditionierungen im Rahmen entsprechender Vereinbarungen auf Augenhöhe gewährt werden. Diese werden einzeln, individuell und spezifisch gestaltet sein, d.h. von Staat zu Staat in je geeigneter Form. So sollte es an vielen Stellen möglich werden, eine enorme real-ökonomische Wertsteigerung zu induzieren, die auch für Europa, vor allem auch für die südeuropäischen Länder hoch attraktiv ist. Ein solcher Maßnahmenkatalog könnte den Optimismus in unseren Teil der Welt zurückbringen und im Ergebnis wieder eine Situation herbeiführen, in der auf eingesetztes Kapital substantielle Zinsen gezahlt werden können. Mit dem vorgeschlagenen „Fonds Zukunft Afrika“ wird ein Weg vorgeschlagen, wie die entsprechenden Mittel aufgebracht und eingesetzt werden können. Wichtig ist es, in diesem Kontext auch die Finanzmärkte über entsprechende Wertpapiere einzubinden. Auf diese Weise wird Anlegern auch die Chance geboten in werthaltige und zukunftssichernde Aktivitäten zu investieren.

Von großer Bedeutung für die Zukunft sind weiterhin Bildung und insbesondere Bildungskooperationen, die es Menschen aus Afrika ermöglichen, Erfahrungen z.B. in Deutschland zu sammeln, die sie dann später im Heimatland nutzbringend für die dortige Gesellschaft einbringen können. Über derartige Maßnahmen wird zugleich auch in der deutschen bzw. europäischen Bevölkerung die heute noch häufig empfundene Distanz zum Nachbarkontinent und seinen Menschen reduziert und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut.

Die Herausforderungen sind groß. Gleiches gilt für die Chancen. Wir empfehlen der Bundesregierung und wir empfehlen der Europäischen Union, mutig voran zu gehen und einen Marshall Plan mit Afrika, mit Schwerpunkt auf Nordafrika und Teile des Mittleren Ostens, zu initiieren.

Für die Programmatik eines Marshall Plans mit Afrika empfehlen wir die Einrichtung eines begleitenden Beirats, in dem z.B. Kurt Biedenkopf, Benita Ferrero-Waldner, EU-Präsident Jean-Claude Juncker, Horst Köhler, Wolfgang Schäuble, Frank-Walter Steinmeier sowie Günter Verheugen wichtige Partner für das Thema sein könnten. Sie alle haben sich in der jüngeren Vergangenheit bereits mehrfach öffentlich für ein wesentlich umfangreicheres Engagement in Afrika ausgesprochen.

Auch der Club of Rome und der Senat der Wirtschaft, hier insbesondere das Senatsinstitut, werden die beschriebenen Handlungsfelder in den kommenden Monaten weiter thematisieren und sich auf vielfältige Weise in den Prozess der Umsetzung eines Marshall Plans mit Afrika einbringen.

## **Danksagung**

Die Autoren danken den in der Denkschrift genannten Partnern und vielen weiteren nicht ausdrücklich genannten Unterstützern, die dazu beigetragen haben, die vorliegende Denkschrift zu erarbeiten. Genannt seien insbesondere Frau Andrea Zeller, die Herren Prof. Werner Smolny und Peter Spiegel, sowie viele weitere Personen aus dem Club of Rome-Umfeld und aus dem Bereich des Senats der Wirtschaft. Gleichzeitig danken wir dem Team am FAW/n und der Universität Ulm, das den Prozess der Erarbeitung der Denkschrift, wie früher schon die Bewältigung ähnlicher Aufgaben, souverän gemeistert hat.



## Die Autoren und Unterzeichner

### Bert Beyers

Bert Beyers ist studierter Philosoph, Germanist und Kunsthistoriker. Er arbeitet als Redakteur beim Norddeutschen Rundfunk in Hamburg. Seine Philosophie: Wir kennen die Zukunft nicht, aber wir müssen darüber nachdenken. Bücher: Die Zukunftsmacher, Denker, Planer, Manager des 21.



Jahrhunderts (1999). Corporate Foresight, Unternehmen gestalten Zukunft (Koautor) (2004). Der Ecological Footprint, Die Welt neu vermessen (Koautor) (2010). Im Jahr 2011 ist ein großes Update von Welt mit Zukunft erschienen. Franz Josef Radermacher und Bert Beyers entwickeln darin die ökosoziale Perspektive, so der Untertitel. Seit einiger Zeit ist Bert Beyers auch als Multimedia-Autor unterwegs.

[www.bertbeyers.de](http://www.bertbeyers.de)

### Dr. Christoph Brüssel

Dr. Christoph Brüssel hat in Bonn Rechtswissenschaften, Politikologie und Kommunikationswissenschaften studiert. Er begann seine berufliche Laufbahn als Reporter und Moderator in verschiedenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkstationen. Berufsbegleitend promovierte er 1990 an der Universität Zürich. Später produzierte er bekannte TV-Unterhaltungssendungen und war Co-Produzent bei mehreren erfolgreichen deutsch-amerikanischen TV-Spielfilmen.



Dr. Brüssel ist Vorstand des Senats der Wirtschaft und hat einen Lehrauftrag an der Universität Bonn.

## **Prof. Dr. Joachim von Braun**

Prof. Dr. Joachim von Braun ist Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung und Professor für wirtschaftlichen und technologischen Wandel an der Universität Bonn. Seine wissenschaftlichen Arbeiten konzentrieren sich auf Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung, Armut, Beschäftigung, Nachhaltigkeit und Innovation.



Er ist Mitglied, der deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech), der Akademie der Wissenschaften des Vatikans, der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und Fellow der American Association for the Advancement of Science, sowie der African Academy of Science. Von Braun ist Vorsitzender des Bioökonomierates der Bundesregierung sowie Vizepräsident der Welthungerhilfe und Mitglied des Board der Alliance for a Green Revolution in Africa (AGRA) und Vice Chair des Board der Global Alliance for Improved Nutrition (GAIN). Er ist Vizepräsident der NGO „Welthungerhilfe“ und war Generaldirektor des International Food Policy Research Institute (IFPRI) in Washington DC.

## **Dr. Walter Döring**

Nach dem Abitur studierte Walter Döring Geschichte und Anglistik in Tübingen und promovierte zum Dr. phil. 1982 trat er in den Schuldienst ein und unterrichtete bis 1988 als Studienrat zunächst am Gymnasium in der Taus in Backnang, dann am Gymnasium bei St. Michael in Schwäbisch Hall. Seinen Beamtenstatus als Lehrer gab Walter Döring als



erster und bislang einziger Abgeordneter des Baden-Württembergischen Landtags freiwillig auf. Bis heute kommt Dr. Walter Döring seiner Freude zum Unterrichten nach und referiert als Lehrbeauftragter an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Stuttgart.

1980 wurde Walter Döring Mitglied der FDP. 1981 wurde er Kreisvorsitzender der FDP Schwäbisch Hall/Crailsheim/Limpurger Land, seit 1983 gehörte er dem FDP-

Landesvorstand Baden-Württemberg an, war 1985 bis 1988 Landesvorsitzender und wurde 1995 erneut in dieses Amt gewählt. Von 1985 bis 1988 und von 1995 bis 2004 war er Mitglied des FDP-Bundesvorstandes. 1988 bis 2006 war Walter Döring Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, darunter von 1988 bis 1996 als Vorsitzender der FDP/DVP-Landtagsfraktion.

Ab 1996 war Dr. Walter Döring Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident Baden-Württembergs in einer Koalitionsregierung von CDU und FDP/DVP.

Seit seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt ist Dr. Walter Döring als Aufsichts- und Beirat sowie Advisor für verschiedene Unternehmen tätig und gründete im Jahr 2012 die ADWM GmbH, die Akademie Deutscher Weltmarktführer.

Gegenstand der ADWM GmbH - Akademie Deutscher Weltmarktführer - ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Dies wird insbesondere verwirklicht durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Fortbildungen, vor allem des jährlich stattfindenden Gipfeltreffens der Weltmarktführer, vormals Deutscher Kongress der Weltmarktführer (Kongress für weltweit tätige führende deutsche Unternehmen mit Experten aus Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft, Unternehmen und Politik). Weiter die Vornahme eigener Forschungsreihen und die Vergabe von Forschungsarbeiten sowie die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen zu wirtschaftlich relevanten Themen, um damit Impulse an die gesamte deutsche Wirtschaft zu geben, getreu nach dem Motto: "Von den Besten lernen." Seit 2015 ist Dr. Walter Döring Vorsitzender des Senate of Economy Europe.

## Frithjof Finkbeiner

Frithjof Finkbeiner ist Unternehmer, Kurator der Global Marshall Plan Foundation, Vorsitzender des Vorstands der Plant-for-the-Planet Foundation, Mitglied im Club of Rome, Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft des Club of Rome und Vorsitzender des Aufsichtsrat der Desertec Foundation.



Als Student engagierte er sich bei der Studierendenorganisation AIESEC, gründete den Rotaract Club Augsburg und koordinierte den Aufbau von Rotaract in Deutschland.

Zwischen 1986 bis 1994 schaffte er als Unternehmer die Basis für seine wirtschaftliche Unabhängigkeit. 1994 veränderte Al Gore sein Leben: Er erkannte, dass sich die Menschen gemeinsam für die Änderung der globalen Rahmenbedingungen einsetzen müssen.

Mit dem Wissenschaftler Franz Josef Radermacher gründete er 2001 die Global Contract Foundation – Stiftung Weltvertrag, Hamburg. 2003 starteten sie zusammen mit Österreichs Vizekanzler a. D. Josef Riegler, Franz Fischler und Uwe Möller die Global Marshall Plan Initiative.

Im Januar 2007 gründete der 9-jährige Sohn Felix Finkbeiner die Kinder- und Jugendinitiative Plant-for-the-Planet. Die Kinder und Jugendlichen von Plant-for-the-Planet aus inzwischen 193 Ländern fordern, dass jeder Mensch 150 Bäume pflanzt. Die UNEP übertrug 2011 den offiziellen Baumzähler auf die Kinder. Seither berichten Unternehmen, Regierungen und Erwachsene an die Kinder, wie viele Bäume sie pflanzen: 14,2 Milliarden Bäume sind es bis heute. 1.000 Milliarden lautet das Ziel bis 2020.

Von Beginn an setzte sich Finkbeiner innerhalb des Club of Rome für die Idee von Wüstenstrom ein. Ende 2013 übernahm er dann die Verantwortung für die Desertec Foundation als Vorsitzender des Aufsichtsrates.

## **Dieter Härthe**

Dieter Härthe gründete nach einer handwerklichen und danach kaufmännischen Ausbildung, schon in den frühen siebziger Jahren ein mittelständisches Dienstleistungsunternehmen. Bereits seit 40 Jahren ist er führend in Vereinigungen der mittelständischen Wirtschaft erfolgreich und seit der Gründung des Senats der Wirtschaft Vorstandsvorsitzender.



Er ist zugleich Vorsitzender des Senate of Economy International mit Sitz in Wien.

Dieter Härthe vertritt als Honorargeneralkonsul die Republik Senegal in Hamburg und Schleswig Holstein.

## **Prof. Dr. Estelle Herlyn**

Prof. Dr. Estelle Herlyn ist Hochschullehrerin und Rektoratsbeauftragte für Nachhaltigkeit und Wirtschaftsethik an der FOM Hochschule für Oekonomie und Management und arbeitet freiberuflich für das FAW/n. Zuletzt beschäftigte sie sich im Rahmen von Projekten mit dem BMZ mit der Umsetzbarkeit der Agenda 2030 sowie den Möglichkeiten und Grenzen der Implementierung höherer ökologischer und sozialer Standards in globale Wertschöpfungsketten. Sie ist Beauftragte für die Hochschultage Ökosoziale Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS).



Nach einem Studium der Wirtschaftsmathematik an der TU Dortmund arbeitete sie zunächst mehrere Jahre in verschiedenen internationalen Unternehmen, bevor sie an der RWTH Aachen eine Promotion zu Fragen einer balancierten Einkommensverteilung als entscheidendem Aspekt der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit absolvierte.

## **Andreas Huber**

Andreas Huber ist Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft CLUB OF ROME, ehrenamtlicher Vorstand der DESERTEC Foundation und Vortragsredner.

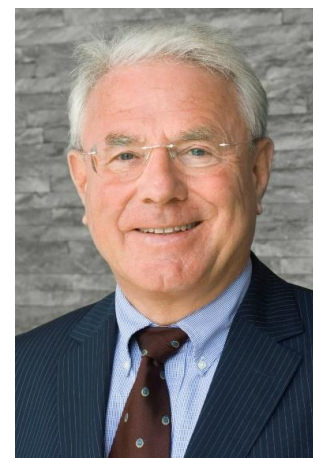


Andreas Huber studierte internationales Management und Wirtschaftsrecht in Rotterdam und Pforzheim. Außerdem besuchte er Vorlesungen der Philosophie und Interkulturellen Kommunikation und erwarb dadurch das sogenannte „Ethikum“ der Hochschulen in Baden-Württemberg. Seine Diplomarbeit, die von Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher betreut wurde, widmete er der Frage der Möglichkeiten zur Durchsetzung von Sozialstandards im Welthandel. Nach seinem Studium begann er für die Global Marshall Plan Foundation zu arbeiten, deren Geschäftsführer er später wurde. Zeitgleich begann er auch für die Deutsche Gesellschaft CLUB OF ROME und die Plant-for-the-Planet Foundation zu arbeiten. Bei der Deutschen Gesellschaft CLUB OF ROME unterstützte er anfänglich insbesondere die Koordination des Netzwerks der CLUB OF ROME Schulen. Außerdem wirkte er mehrere Jahre als Tutor im online-Seminar für Bildung für Nachhaltige Entwicklung mit, welches hochschulübergreifend für Studierende in Baden-Württemberg angeboten wird.

<http://www.andreas-huber.org>

## **Prof. Klaus Leisinger**

Klaus Michael Leisinger ist Gründer und Präsident der Stiftung Globale Werte Allianz (<http://www.globalewerte-allianz.ch/>) und Professor für Soziologie an der Universität Basel (Spezialgebiete Unternehmensethik und Corporate Responsibility). Er diente UNO Generalsekretär Kofi Annan als Sonderberater für Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Special Advisor on Global Compact) und dem Global Compact als Sonderberater für die Post-2015 Entwicklungsziele und Unternehmensethik. Klaus Leisinger lehrte und lehrt als Gastprofessor



an zahlreichen europäischen Universitäten sowie an der University of Notre Dame, der MIT Sloan School of Management in Cambridge und der DePaul University. Er ist Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Ebenfalls ist er Mitglied des Leitungsgremiums des von UNO Generalsekretär Ban Ki-moon initiierten und Jeffrey Sachs geleiteten Sustainable Development Solutions Network, Präsident des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik und Mitglied des Steering Committees der Initiative „Ethics in Action“ der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften. Er ist Mitglied eines von der EU eingesetzten internationalen Konsortiums zur Erarbeitung von Rahmenbedingungen zur Sicherstellung hoher ethischer Standards in der klinischen Forschung in Ländern mit niedrigem Einkommen. Bis 2013 war er Präsident und CEO der früheren Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung.

### **Graeme Maxton**

Graeme Maxton ist seit 2013 Vollmitglied des Club of Rome und seit 2014 dessen Generalsekretär. Der Club of Rome ist eine Vereinigung von angesehenen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik, die sich für eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft der Menschheit einsetzen und dabei eine globale Perspektive einnehmen.



Als vehementer Kritiker des gegenwärtigen Wirtschaftssystems ist er Koautor des Bestsellers „Ein Prozent ist genug: Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen“ (oekom Verlag 2016) und Autor des Spiegel Bestsellers „Die Wachstumslüge: Warum wir alle die Welt nicht länger Politikern und Ökonomen überlassen dürfen“ (FinanzBuch Verlag 2012).

Zuvor war er Regionaldirektor bei The Economist Group in Asien, Resident Vice-President bei Citibank, Senior Associate Consultant bei Booz Allen Hamilton sowie Gastprofessor an der Cass Business School in London. Graeme Maxton ist gebürtiger Schotte und lebt seit 2014 in der Schweiz.

## **Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz Josef Radermacher**

Professor für „Datenbanken und Künstliche Intelligenz“ an der Universität Ulm, gleichzeitig Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n) Ulm, Präsident des Senats der Wirtschaft e.V., Bonn, Vizepräsident des Ökosozialen Forums Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome.



Er studierte Mathematik und Wirtschaftswissenschaften (RWTH Aachen, Universität Karlsruhe), Habilitation in Mathematik an der RWTH Aachen 1982. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. globale Problemstellungen, lernende Organisationen, Umgang mit Risiken, Fragen der Verantwortung von Personen und Systemen, umweltverträgliche Mobilität, nachhaltige Entwicklung, Überbevölkerungsproblematik, Welternährung, Klima und Energie, Regulierung des Weltfinanzsystems.

Ausgezeichnet wurde er u.a. mit dem Planetary Consciousness Award des Club of Budapest, dem Preis für Zukunftsforschung des Landes Salzburg (Robert-Jungk-Preis), dem Karl-Werner-Kieffer-Preis, dem "Integrations-Preis" der Apfelbaum Stiftung und dem Umweltpreis „Goldener Baum“ der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. Er ist seit 2013 Fellow der World Academy of Art & Science (WAAS). Ebenfalls in 2013 übernahm er den Vorstand der Rotarian Action Group for Population & Development (RFPD). 2013 Verleihung der Ehrendoktorwürde der International Hellenic University, Thessaloniki.



### **Prof. Dr. Thomas Straubhaar**

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist seit 1999 Professor der Universität Hamburg für Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen. Gleichzeitig ist er Direktor des Europa-Kollegs Hamburg. Seit September 2013 ist er non-resident Fellow der Transatlantic Academy in Washington DC. Im Sommersemester 2015 und 2016 war er Theodor Heuss Gastprofessor an ITAM und UNAM in Mexico City.



Thomas Straubhaar studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern, wo er 1983 zum Dr. rer. Pol. promovierte und 1987 nach einem Forschungsaufenthalt an der University of California in Berkeley habilitiert wurde. Er war Lehrstuhlvertreter an den Universitäten in Bern, Konstanz, Basel und Freiburg i.Br. und Professor für Volkswirtschaftslehre der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) Hamburg. Von September 1999 bis August 2014 war er zunächst Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA) und danach Leiter des Hamburgischen Welt-Wirtschaftsinstituts (HWWI). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Internationale Wirtschaftsbeziehungen insbesondere die transatlantischen Beziehungen sowie die Bevölkerungsökonomie mit dem Schwerpunkt Migration.

### **Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker**

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker ist Umweltwissenschaftler und Politiker. Er ist Diplom-Physiker (Hamburg) und Dr. rer. nat., Zoologie (Freiburg).

Er war Professor für Biologie an der Universität Essen, Präsident der Universität Kassel, Direktor am UNO Zentrum für Wissenschaft und Technologie (New York), Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik (Bonn, London, Paris), Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Mitglied des Bundestags für die SPD (1999-2002 Vorsitzender



der Enquête-Kommission Globalisierung; 2002-2005 Vorsitzender des Umweltausschuss), Dean der Bren School for Environmental Science and Management, University of California (Santa Barbara, USA) und Ko-Präsident des International Resource Panel. Seit 2012 ist er Ko-Präsident des Club of Rome und seit 2010 Honorarprofessor an der Universität Freiburg.

Ernst Ulrich von Weizsäcker ist Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften, der World Academy of Art and Science und der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler.

Er erhielt die Ehrendoktorwürde der Soka-Universität Tokio, der Universität Belgrad und der Universität Nagoja. Er ist Träger des Takeda Awards for Environmental Excellence, des Deutschen Umweltpreises, des Großen Bundesverdienstkreuzes, des Theodor Heuss Preises und des Verdienstordens Baden-Württemberg.



